

Wöchentlich 68 Pf., monatlich 2,00 M. im Voraus zahlen. Preisbezug 4,00 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandsbearbeitung 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Wochenbezüge für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Zeit und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Jugend“, „Unterhaltung und Wissen“, „Gesundheit“, „Lohn“, „Wife in die Wäckerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
20. März 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbildung des „Vorwärts“ ist ein Verstoß gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie. „Kleine Anzeigen“ aus dem Bereich des 23. März (täglich) sind freigegeben, jedes weitere Wort ist 15 Pfennig. Einmalige Anzeigen 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen 30 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Einrückfrist 2 wöchentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dabelf 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37.536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angehörigen und Beamten, Wallstr. 65. Dr. U. u. Disz.-Gef., Depositenkassa Lindenstr. 2.

Thüringer Landestheater.

Der Präsident wirft den Vizepräsidenten hinaus / Fric Heimfrieder auf tgl. Befehl.

Weimar, 19. März. (Eigenbericht)

Der nationalsozialistische Vizepräsident des Thüringischen Landtages, Raschler, wurde am Mittwoch von dem Präsidenten des Landtages, dem Landbundmitglied und Rittergutsbesitzer, Kammerherr v. Thimmel, nach drei Ordnungsrufen wegen fleißigen Benehmens aus dem Saal verwiesen. Raschler gehört der thüringischen Regierung als Staatsratsmitglied an. Sein Benehmen in der Mittwochssitzung des Landtages war derart, daß sich der Landbundpräsident nicht anders zu helfen wußte, als das Regierungsmittglied auszuschließen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es anlässlich der Beratung eines kommunikativen Antrages gegen das Republikshutzgesetz noch zu einem heftigen Zwischenfall. Die Kommunisten und Nationalsozialisten beschimpften sich gegenseitig als Mörderpartei. Als dann ein Nationalsozialist einem sozialdemokratischen Abgeordneten vorwarf, nicht im Kriege gewesen zu sein, fiel von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf, daß der Putzschiff Fric während des ganzen Krieges „Heimkrieg“ gespielt habe. Fric erwiderte: „Ich war wäh-

rend des Krieges dort, wo mich mein bayerischer König hingestellt hat!“

Diesem Zwischenruf folgte zum Entsetzen des Herrn Fric minutenlanges Heiterkeit im ganzen Hause.

Ein Reinfall bei Gericht.

Weimar, 19. März. (Eigenbericht)

Als die Sozialdemokratische Partei Thüringens in Gemeinschaft mit ihrer Landtagsfraktion nach der Wahl der gegenwärtigen thüringischen Landesregierung einen scharfen öffentlichen Protest gegen die Wahl des Nationalsozialisten Fric als Innen- und Volksbildungsminister erhob, ließ Fric mit der Beschlagnahme des Platats antworten. Er fühlte sich insbesondere durch die Feststellung beleidigt, daß er wegen Hochverrats zu einer Festungstrafe von einem Jahr drei Monaten verurteilt worden ist. Den von der Sozialdemokratischen Partei gegen die Beschlagnahme der Platats erhobenen Beschwerden hat die zweite Strafkammer beim Thüringischen Landgericht jetzt stattgegeben. Die Beschlagnahme wurde aufgehoben, da die Strafverfolgung innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Wochen nicht eingehalten worden ist.

Episode Fric.

Eine längst notwendige Exekution.

Herr Fric ist Nationalsozialist. Er hat aus seiner Gesinnung nie ein Hehl und aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Er ist wegen Beteiligung am Hochverrat nach dem Hitler-Bußsch zu 15 Monaten Festung verurteilt worden. Im Disziplinarverfahren wurde er freigesprochen. Die Presse der Bayerischen Volkspartei hat das vor ein paar Monaten ein „unbegreifliches Fehlurteil“ genannt — aber dies unbegreifliche Fehlurteil war die Eckschraube, die Herrn Fric zum thüringischen Innenministerium verhalf.

Das neue Republikshutzgesetz wird in den nächsten Tagen in Kraft treten. Seine Ausführung in Thüringen würde in der Hand des Herrn Fric liegen. Herr Fric hat seine Berufung dazu durch die folgenden Worte dargelegt, die er am 27. Januar 1928 im Plenum des Reichstags sprach:

„Von höheren Gesichtspunkten, vom Schicksal des gesamten deutschen Volkes aus gesehen, wiegt übrigens die Schuld der Erzberger-Mörder federleicht gegenüber dem weltgeschichtlichen Verbrechen der Erzberger, Rathenau und anderen neuen deutschen Staatsmännern. Man wird zugeben müssen, daß diese sogenannten deutschen Staatsmänner das deutsche Volk wehrlos gemacht und unseren Feinden und dem internationalen Finanzkapital zum Fraße vorgeworfen haben. Ich darf mir konstatieren, daß diese sogenannten Staatsmänner Millionen von Deutschen auf dem Gewissen haben, jene aber nur einen.“

Im unmittelbaren Anschluß an dies Bekenntnis erfolgte der Ruf zum Sturz der Weimarer Verfassung. Ein Katalog von Reden des Herrn Fric im Reichstag, in denen er systematisch die Verfassung herabsetzte und beschimpfte, ließe sich anschließen. Dieser Mann sollte mit Hilfe des neuen Gesetzes die Republik schützen? Es wäre eine lächerliche Komödie. Wer wahrhaft die Republik schützen will, muß Herrn Fric schleunigst aus der Thüringer Regierung entfernen.

Herr Fric hat gestern im Thüringer Landtag erklärt, daß er seine Ministerfähigkeit nach nationalsozialistischen Grundsätzen ausüben werde. Ueber das Wesen dieser Grundsätze ist kein Zweifel. Im Laufe des letzten Halbjahres hat der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, prononciert ausgesprochen, daß seine Partei die Verfassung von Weimar nicht als rechtsverbindlich anerkenne. Am 12. März 1930 gab der Nationalsozialist Straßer im Reichstag die folgende formulierte Erklärung ab:

„Wir werden vor dem Staatsgerichtshof des neuen Reichs die Köpfe derjenigen fordern, die die Young-Besche in vollkommener Mißachtung der deutschen Lebensnotwendigkeiten unterzeichnen werden.“

Diese Erklärung wiederholt, was nationalsozialistische Abgeordnete, unter ihnen Herr Fric, mehrfach im Reichstag proklamiert haben. Also: Sturz der Verfassung, Hinrichtung von Reichsministern und Reichspräsident? Herr Fric und seine Freunde haben erklärt, daß sie Thüringen zu einem nationalsozialistischen Kraftzentrum zu machen gedenken. Also zu einem Zentrum des Hochverrats.

Den Grundsätzen entsprechen die Taten. Die Partei des Herrn Fric rühmt sich, daß sie die Reichswehr für den Hochverrat zu gewinnen suche. Reichswehroffiziere, die mit ihr konspirierten, sind verhaftet worden. Herr Fric begünstigt die nationalsozialistischen Organisationen. Die bisherigen Taten des Herrn Fric in Thüringen liegen auf der Linie der nationalsozialistischen Taktik. Das Ziel: Thüringen das nächste Putzschiffzentrum!

Aber wozu noch Beweise für das, was jeder in Deutschland weiß und was Herr Fric gar nicht bestreitet? Herr Fric ist Polizeiminister in Thüringen, und das ist so, als wenn man Herrn Hitler zum Minister des Innern in Preußen oder gar Herr Ludendorff zum Reichswehrminister machen wollte. Herr Fric hat folgerichtig begonnen, die thüringische Polizei mit seinem Geiste und seinen Leuten zu erfüllen — wozu hat man ihm auch diese Chance gegeben? Es ist noch nichts passiert, was eine Parallele zu den Münchener Vorgängen von 1923 wäre — aber soll erst etwas passieren?

Den Schutz der republikanischen Verfassung in Putzschiffenhände geben, die Polizei einem Hochverräter ausliefern — wer das duldet, der begünstigt den Hochverrat!

Im Jahre 1923 sahen die Kommunisten in der sächsischen Regierung. Sie hatten den Posten eines Finanzministers

Die „nationale“ Schwerindustrie.

Mit Frankreich gegen Deutschland.

Paris, 19. März. (Eigenbericht)

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen, die durch die französische Regierungstrife seit Wochen völlig zum Stillstand gekommen sind, sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Die Hauptschwierigkeit bildet nach wie vor die Frage des künftigen Regimes der Saargruben, die nach den Wünschen der französischen Regierung nicht mehr in Besitz des preussischen Fiskus zurückkehren, sondern unter Beteiligung der deutschen und französischen Privatindustrie in einem deutsch-französischen Gemeinschaftsbetrieb umgewandelt werden sollen. Nach den letzten Vorschlägen der französischen Delegation soll daran der deutsche und der französische Staat und die deutsche und die französische Privatindustrie zu je einem Viertel beteiligt werden.

Obwohl die deutsche Delegation dieses Projekt

als völlig undiskutierbar ablehnt,

hält die französische Regierung mit zäher Hartnäckigkeit daran fest. Ihre Unnachgiebigkeit, die seit Monaten die Verhandlungen völlig zum Stocken brachte, dürfte ihren Grund nicht zuletzt darin haben, daß man in Frankreich sehr genau weiß, daß die Wünsche der deutschen Schwerindustrie, die seit langem alle Hebel in Bewegung setzt, um die Saargruben aus dem Besitz des Staates in ihre Hand zu bringen, mit den französischen Vorschlägen ziemlich parallel gehen und man mit ihrer Hilfe den Widerstand der deutschen Delegation brechen zu können glaubt.

Wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ von gut unterrichteter französischer Seite erfahren hat, soll

Arnold Reebberg neuerdings in Paris

im Namen der deutschen Industrie einen von den zuständigen französischen Stellen bereits als Diskussionsbasis angenommenen Kompromißvorschlag unterbreitet haben, der die Besitzverhältnisse der Saargruben wie folgt regeln soll: von den Anteilen der zu bildenden Gesellschaft sollen ein Drittel die deutsche, ein Drittel die französische Privatwirtschaft, das letzte Drittel der preussische Fiskus erhalten. Die deutsche Industrie scheint also auch in der Saarfrage wieder einmal gegen die zuständigen Reichsstellen und unbekümmert um das Interesse der Saar und der deutschen Volksgemeinschaft für die eigene Tasche zu arbeiten.

Die Stellung der führenden deutschen Köpfe der Wirtschaft bei den Saar-Besprechungen und überhaupt bei den verschiedenen internationalen Verhandlungen der letzten Zeit wächst sich nachgerade zu einem nationalen Standarte ersten Ranges aus: Aus purem Haß gegen die Staatsbetriebe und aus privatkapitalistischem Fanatismus fallen sie den offiziellen Unterhändlern des Reiches in einer an Landesverrat grenzenden Weise in den Rücken.

Es sei nur daran erinnert, daß während der Pariser Verhandlungen des Organisationskomitees für die Reichsbahn

Herr von Siemens entgegen dem ausgesprochenen Wunsch der Reichsregierung nach Paris fuhr, um die Verhandlungen in einem Sinne unmittelbar zu beeinflussen, der den Interessen des Reiches widersprach, nämlich um die Wiederherstellung der Reichsouveränität über die Reichsbahn möglichst zu hintertreiben; ebenso hat die „Wirtschaft“ die Möglichkeiten durchkreuzt, die sich bei den Baden-Badener und auch bei den Haager Verhandlungen für eine möglichst weitgehende Wiederherstellung der Reichsouveränität über die Reichsbahn eröffneten.

Am tollsten freilich ist die Propaganda deutscher Industriellen für die Beteiligung französischer Privatkapitals — oder gar des französischen Staates — an den Saargruben, die bis zum Verfall der Vertrag ausschließlich Eigentum des preussischen und des bayerischen Staates waren. Schon zu Beginn der Verhandlungen im Herbst hatte ein Ruhrindustrieller, der im Saargebiet Hochöfen bebt, damit gedroht, diese stillzulegen, falls die dortigen Gruben wieder in den Besitz des preussischen Fiskus kämen. Der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete und schwerindustrielle Syndikus Dr. Reichert hat sich damals nach unwidersprochen gebliebenen Meldungen nach dem Saargebiet begeben und dort in industriellen Kreisen Propaganda für jene „privatkapitalistische“ Lösung gemacht, die einer Expropriation des preussischen und des bayerischen Staates und einer Entnationalisierung deutscher Bodenschätze gleichkommt.

Im Gegenzug zu den „nationalen“ Kreisen, die bei jeder Aufdeckung staatsfeindlicher Umtriebe durch bewaffnete Geheimverbände nach dem Oberreichsanwalt gegen die Enthüller rufen, pflegen wir bei dem Gebrauch des Ausdrucks „Landesverrat“ sehr vorsichtig zu sein. Hier aber müssen wir doch die Frage aufwerfen: Gibt es für das Verhalten jener deutschen Industriellen einen anderen Ausdruck als Landesverrat?

Arbeit wächst langsam zu.

65 000 Hauptunterstützte weniger.

In der Berlchwoche vom 10. bis 15. März ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 50 000 auf 2 313 000 Personen zurück. Damit haben sich die Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Hälfte des März um 65 000 Personen verringert.

In der gleichen Zeit des vergangenen Jahres wußte sich die Erleichterung des Arbeitsmarktes in weitaus schnellerem Tempo, denn vom 1. bis 15. März 1929 fanden bereits 120 000 Hauptunterstützungsempfänger wieder Arbeit. Daß der Saisonaufschwung in diesem Frühjahr durch die Verschlechterung der Konjunktur stark behindert wird, beweist die Fest-Guns der Reichsanstalt, daß sich auch in der letzten Woche die Zahl der Arbeitsunterstützten noch um etwa 2000 Personen erhöht hat.

Es werden also noch durchgreifende Maßnahmen erforderlich sein, um die zum Teil militärisch gedrosselte Konjunktur und insbesondere die Bauwirtschaft mit Erfolg anzukurbeln.

und eines Ministerialdirektors in der Staatskanzlei. Ihre putschistische Vorbefassung war nicht stärker als die der Nationalsozialisten von heute, ihre Grundzüge und Erklärungen und Taten nicht mehr und nicht weniger hochverräterisch als die der Partei des Herrn Fric. Nur, das Herr Fric gleich an der richtigen Stelle sitzt: er ist Polizeiminister. Wegen die sächsischen Kommunisten führte Herr Stresemann die Reichsexekutive durch — was dem Antiputschisten Brandler damals recht war, ist heute dem Rechtsputschisten Fric billig.

Er braucht keine prinzipielle Frage zu sein, ob Kommunisten und Nationalsozialisten leitende Posten in der Verwaltung von Ländern einnehmen dürfen oder nicht — warum sollen sie nicht in Verwaltungsfragen Fähigkeit oder Unfähigkeit offenbaren dürfen? Aber hier, wo eine Hoheitsverwaltung, wo die Polizei, das Machtmittel des Staates, einem offenkundigen Putschisten und Feind der Verfassung in die Hand gespielt worden ist, handelt es sich nicht um Theorie, sondern um einen höchst praktischen Einzelfall. Es handelt sich um Vorbereitung des Hochverrats gegen die republikanische demokratische Verfassung von Weimar.

Diese Episode des Putschisten als Polizeiminister hat schon zu lange gedauert! In Übereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister hat der Reichsminister des Innern einen ersten notwendigen Schritt gegen den Putschisten als Minister unternommen. Dieser Schritt — schon längst fällig — ist notwendig geworden, weil die Deutsche Volkspartei Herrn Fric immer noch unterstützt, trotz seiner bisherigen Taten und trotz der Brüstung, die sie von ihm erfahren hat. Die Deutsche Volkspartei in Thüringen hat vor der Vergangenheit und den putschistischen Qualitäten des Herrn Fric fest beide Augen geschlossen. Sie hat vergessen, daß Herr Fric sich kurze Zeit, bevor er in Thüringen Minister wurde, wie folgt über sie geäußert hat:

„Gute gesellschaftliche Rücksichten auf Anhänger der Stresemann-Partei haben anscheinend eine allgemeine verständliche Fassung des § 4 verhindert, während wir Nationalsozialisten auch eine gesellschaftliche Achtung der Stresemänner ob ihres ungeheuerlichen Verhaltens am deutschen Volke für ganz selbstverständlich erachten.“

Jeder kompromittiert sich mit wem es ihm beliebt! Aber eine Partei, die Wert darauf legt, sich eine Verfassungspartei zu nennen, sollte von sich aus den unmöglichen Zuständen in Thüringen ein Ende machen. In welcher Situation gerät sie, wenn in Thüringen und von Thüringen aus ein putschistisches Experiment im Zeichen des Hakenkreuzes versucht werden würde? Ist denn die Rolle, die die Bayerische Volkspartei zur Zeit des Hitler-Putschs gespielt hat, irgendwie verlockend?

Das Reich wird gezwungen, weitere und ernstere Maßnahmen zu ergreifen, wenn Herr Fric nicht demnächst von der Spitze des Thüringer Innenministeriums verschwindet. Diese Maßnahmen sind zum Schutze der Verfassung, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig. Das Land Thüringen, dessen Finanzen in katastrophaler Unordnung sind, bedarf dringend der Ruhe und nicht nationalsozialistischer Kraftmeierei und Putschspielerei — und das Reich nicht minder!

Vor 40 Jahren.

20. März 1890: Bismarcks Entlassung.

Der Tag vor vierzig Jahren, an dem Bismarck von Wilhelm II. verabschiedet wurde, gilt uns noch immer und mit Recht als ein großer Tag in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Denn der eiserne Kanzler, der Sieger über Österreich und Frankreich, verließ den Schauplatz als Geschlagener, geschlagen von der jungen Arbeiterbewegung, die er vergebens durch das Sozialistengesetz zu vernichten versucht hatte. Wilhelm II. brauchte den Sturz Bismarcks, um sein kaiserliches Selbstbewußtsein zu befriedigen: in welchem Maße aber sich durch denselben Akt das Selbstbewußtsein der jungen Sozialdemokratischen Partei hob und wie ihr Ansehen in allen Kreisen stieg — davon kann sich nur der eine Vorstellung machen, der jenen geschichtlichen Vorgang denkend miterlebt hat.

So sah der 20. März 1890 zwei Sieger: Wilhelm II. und die deutsche Sozialdemokratie. Welcher von diesen beiden sich als ausdauernder erwies, lehrt die Geschichte. Wilhelm II. sitzt als Abgedankter im Ausland, Nachfolger Bismarcks in der Reichskanzlerschaft wie der preussischen Ministerpräsidentenschaft sind zwei Sozialdemokraten: Hermann Müller und Otto Braun.

Heute klingt uns die Geschichte von Bismarcks Entlassung wie ein Märchen aus uralten Zeiten. Manche sehnen sich nach ihnen zurück, doch werden sie ebensowenig zurückkehren wie die Zeiten Barbarossas oder Karls des Großen. Und schließlich: ist die Zeit wirklich so beneidenswert, in der ein neurausthenischer Jüngling einen alten Mann von der Bedeutung Bismarcks einfach wegzog und ihn mit einem Schlag aller politischen Wirkungsmöglichkeiten beraubte, und in der sich dies alles, obgleich es für die Zukunft des Volkes von höchster Bedeutung war, abspielen konnte im Dunkel der Kabinette?

Andere wieder bekennen sich zu der geistreichen Theorie: Monarchie und Republik, Bismarck und Müller-Seevring, das sei Sack wie Hufe, und eigentlich sei alles beim Alten geblieben. Das ist die Theorie der politischen Kleinfüßler, die noch keinen Geschichtsunterricht genossen, und der Greise, die ihr Leben verschlafen haben. Wahrheit ist, daß kaum jemals in der Geschichte in einem Zeitraum von nur vier Jahrzehnten so ungeheure Veränderungen vor sich gegangen sind wie in der Zeit von Bismarcks Entlassung bis heute.

Diese Veränderungen bedeuten für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung nicht Abbruch und Wende, wohl aber einen ganz gewaltigen Fortschritt. Von Bismarcks Entlassung bis zur entscheidenden Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsmacht geht ein gerader Weg. Er ist noch nicht zu Ende, wir wollen ihn weiter gehen!

Die Steuerberatung im Reichstag.

Erste Lesung beendet.

In der gestrigen Steuer- und Zolldebatte des Reichstags, deren Beginn schon in der Ueberrauschung zu lesen war, sprach weiter Abg. Dr. Neubauer (Komm.) natürlich gegen die Sozialdemokratie. Dann sagt er: Der Reichsfinanzminister bezieht als Ausschichtsratsmitglied des V. G. Farbenwerks ein arbeitsloses Einkommen von 40 000 M. im Jahre, mit seinem Ministergehalt, seinen Abgeordnetenblättern und anderem zusammen 100 000 M. jährlich; er ist Interessent der deutschen Chemieindustrie. Der vorgeschlagene

Benzol- und Benzinsol soll dem Reich 60 Millionen bringen, macht aber den deutschen Benzolproduzenten ein Geschenk von 25 Millionen im Jahr, wovon 10 Millionen auf den Farbentrust entfallen.

Interessenten sind auch die Abg. Dr. Hummel (Dem.) und Dr. Ralle (D. Sp.). Die sozialdemokratischen Minister predigen, die Kapitalbildung müsse gefördert das Kapital steuerlich geschenkt werden. Die Statistik beweist, daß die Industriekonglomerate riesige Kapitalien aufhäufen und Milliarden ins Ausland gebracht haben. Der Sozialdemokrat Seydewitz gesteht im „Sächsischen Volksblatt“ offen ein, daß die deutsche Bourgeoisie jetzt dabei sei, in Deutschland eine Falschfälschung einzuführen mit sozialdemokratischer Hilfe.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Dem Reichstagsrat liegt ein Gesetz vor über eine Abgabe von der inländischen Benzolproduktion.

Selbstverständlich habe ich bei Ueberrauschung meines Ministeramtes sofort meinen Ausschichtsratsposten bei V. G. Farben niedergelegt, und zwischen dieser Gesellschaft und mir bestehen keinerlei finanzielle Beziehungen mehr.

Das ist für einen Minister selbstverständlich, und es ist nur bedauerlich, daß man bei solchen Anlässen genötigt ist, noch einmal hervorzuheben, daß man als anständiger Mensch das Selbstverständliche getan hat. (Beifällige Zustimmung.)

Abg. Collofer (Wirtsch.): Der Alte, Kranke, Sieche muß unterstützt werden, aber wir sind schon in dem Stadium der Sozialversicherung, wo Vernunft, Laster und Wohlstand Plage wird. (Zustimmung der Wirtsch. Partei.) Der notleidende Reichshaushalt kann da nicht noch Geld hineinpumpen. Die Wirtsch. Partei kann die immerfort steigenden Soziallasten nicht tragen; sie haben nur wieder Teuerung und Gehaltssteigerung im Gefolge. Die fehlenden 300 Millionen könnten auch anders aufgebracht werden, als durch Steuererhöhungen. Der Haushaltsrat verweist auf

das 1700-Millionen-Vermögen der Invalidenversicherung, die könnte auch beitragen, der Not des Reiches abzuhelfen.

Sparen ist die Parole, und Reform der Sozialversicherung. (Beifall der Wirtsch. Partei.)

Abg. Reil (Soz.):

Es ist komisch, wenn ausgerechnet ein Vertreter der Wirtsch. Partei die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratische Partei an das Verantwortungsgelände mahnt. Wo wäre die Wirtsch. Partei und diejenigen, die hinter ihr stehen, wenn die Sozialdemokratische Partei nicht in den schwersten Jahren der deutschen Geschichte stets in die Bresche getreten wäre, wo die Rat am größten war, und wo die Wirtsch. Partei keinerlei Verantwortung übernommen hat. (Andauerndes Geschrei der Wirtsch. Partei.) Auch die Arbeiterfreundlichkeit des deutschnationalen Redners war komisch, wenn man sich erinnert, wie wenig Verständnis für die Arbeiterinteressen sonst bei dieser Partei anzutreffen ist.

Grundfalsch ist die Behauptung, daß wir den Arbeitern gelagert hätten, sie würden von den Reparationslasten freibleiben.

Ich hätte, uns auch nur eine solche Äußerung vorzulegen! Herr Kademacher hat uns auch Unwahrhaftigkeit vorgeworfen, und das tut der Redner einer Partei, die ihren Anhängern verschweigt, daß der Young-Plan die Belastung Deutschlands in den ersten Jahren um 700 Millionen jährlich verringert, und daß ein Erfolg des Kampfes gegen den Young-Plan die fürchterliche Krise über unsere ganze Wirtsch. verhängen würde. (Sehr wahr links.) Dann hat er noch gefragt, wo

das Dezemberprogramm der Reichsregierung

geblieben sei. Ja, weiß er denn nicht, daß seit der Reichssteuererträge erheblich zurückgegangen sind, die Arbeitslosigkeit rapide angewachsen ist, und daß diese ganze Situation verursacht ist durch den verlorenen Krieg, woraus sich die Rechnung ergibt, alles zu tun, um eine Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhindern. Wenn das Etatsjahr 1930 trotz der Reparationserleichterung dem deutschen Volk die Enttäuschung bringt, daß statt der in Aussicht gestellten Steuerentlastung zunächst eine steuerliche Mehrbelastung eintritt, so ist das außer den erwähnten Momenten auch auf

die falsche Finanzpolitik der letzten Jahre

zurückzuführen. Wir haben gegen die Erpedung phantastischer Hoffnungen auf Steuerentlastung schon beim Dezemberprogramm starke Vorbehalte gemacht. Unsere Zweifel haben sich als vollkommen berechtigt erwiesen. Schon im Januar d. J. hat der Reichsfinanzminister sich genötigt gesehen, zu erklären, daß das Dezemberprogramm nach Tempo und Umfang Änderungen erfahren müsse, und daß die Sanierung der Reichsfinanzen der Steuerentlastung vorgehen müsse. Dieser Erklärung haben wir ohne Einschränkung zugestimmt. Auch wir wünschden eine Steuerentlastung, aber bevor sie in Angriff genommen wird, müssen die Voraussetzungen dafür gegeben sein.

Die deutsche Steuerbelastung ist gewiß sehr schwer, aber das ist kein Wunder, da wir den größten Krieg der Weltgeschichte verloren und die größte Kriegsschadigung aller Zeiten zu tragen haben.

Steuerentlastung auf Kosten der ordnungsmäßigen Etatsgebarung wäre der schwerste Fehler. Die Sanierung der Reichsfinanzen und die Tilgung der schwebenden Schulden wird den öffentlichen Kapitalmarkt erleichtern und die Nachfrage nach Kapital unter günstigeren Bedingungen zu decken ermöglichen. Damit wird den Interessen der Gesamtwirtsch. ungleich mehr gegeben, als wenn phantastische Hoffnungen auf Steuerentlastung erweckt werden. (Beifällige Zustimmung der Soz.)

Während der Rede des Finanzministers hat Graf Westarp den Jurist „Hillerding-Platte“ gemacht. Draußen wird mit Behauptungen ähnlicher Art und von sozialdemokratischer Rührwirtschaft Stimmung gegen unsere Partei zu machen versucht. Nun, der ehige Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen, Dr. Oberhören, hat bei der vorjährigen Etatsberatung die Parole ausgegeben, mit einem offenen Verzicht abzuschließen. Was wäre das erst für eine Westarp-Platte geworden! (Sehr gut links.) Trotzdem aber ist es im Vorjahre gelungen, neue Einnahmen von 120 Millionen zu erschließen und echte Streichungen von etwa 100 Millionen vorzunehmen, also die Finanzlage des Reiches um mehr als 200 Millionen zu verbessern. Wenn trotzdem Schwierigkeiten entstanden und bestehende Schwierigkeiten größer geworden sind, so hat

die deutschnationalen Fraktion kein Recht, Anklagen zu erheben.

Als sie maßgebende Regierungspartei waren, seit 1923 haben wir nicht einen einzigen nach den Vorschriften der Haushaltsordnung in sich ausgeglichenen Etat verabschiedet. Der einzige Etat, der innerlich ausgeglichen war, und noch einen erheblichen Ueberschuß hatte, war der Etat von 1924. Finanzminister v. Schlieben war 1925

eifrig befragt, für die Aufbringung der Reparationslasten zu sorgen, damit auch, wenn sie 1929 ihr höchstes Maß erreichen würden, Deckung vorhanden sei. Wären seine Nachfolger dabei geblieben, so würden wir in diese Schwierigkeiten nicht hineingekommen sein. (Sehr wahr!)

Der erste Versuch seit 1924, einen innerlich balancierten Etat aufzustellen, ist 1929 von Hillerding gemacht worden.

Daß dieser Versuch nicht vollkommen gelungen ist, liegt an der ablehnenden Haltung der Parteien, die sich keinen Steuerzuschlägen widersetzen. Dadurch sind die enorm angewachsenen Fehlbeträge entstanden, hinzu kam die Arbeitslosigkeit und die Verschlingung, 450 Millionen Schulden aus laufenden Mitteln zu decken. Auch ist das Staatsdefizit von 154 Millionen aus dem Jahre 1928 noch vorhanden. Vermehrung der Steuerentnahmen ist somit unabwendlich, jedoch können wir sie uns viel einfacher und sozial gerechter vorstellen, als die Regierung sie vorschlägt.

Unser Plan, einen einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer einzuführen, hätte die Lasten gerecht und gleichmäßig nach der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen verteilt;

er trug den Charakter eines vorübergehenden Notopfers und hätte im nächsten Jahr wieder aufgehoben werden können. Die breiten Volksmassen und auch der Reichspräsident haben diesem Plan zugestimmt. Er hat aber bei den anderen Mehrheitsparteien keinen Anklang gefunden.

Auch wir hoffen, daß die notwendige Steuerentlastung in absehbarer Zeit kommt. Aber wir raten davon ab, angesichts der wechselnden Verhältnisse, sich heute schon darauf festzusetzen. Kapitalbildung ist bei der Kapitalnot und dem Geldverlust infolge von Krieg und Inflation in Höhe von vielleicht 150 Milliarden notwendig für die Wirtsch. Aber nur keine übertriebene Hoffnungen, daß jeder Pfennig Steuerentlastung der Kapitalbildung zugute käme. Vergessen Sie nicht die gewaltige Rolle, die die Kaufkraft der breiten Massen im Wirtsch. Prozeß spielt. Es gilt vor allem, zu überlegen, ob die zu ergreifenden Maßnahmen nicht die Kaufkraft und damit das ganze Wirtschaftsleben bedrohen. (Sehr wahr links.) Nicht nur aus Menschlichkeit und weil es sich um unschuldige Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems handelt, sondern auch aus allgemein wirtsch. politischen Gründen dürfen die sozialpolitischen Leistungen nicht verringert werden. Andernfalls würde die Konsumfähigkeit und Kaufkraft der Massen eingeschränkt und die Wirtsch. not nur noch gesteigert werden.

Wir werden im Ausschuß sorgfältig auf den Schutz der Verbraucherbedürfnisse bedacht zu sein haben. Unser Vorkurs wird heute und künftig sein, daß ohne konstante Verbraucherbedürfnisse und ohne leistungsfähige Arbeiterkraft es keinen Aufstieg der deutschen Wirtsch. geben kann. (Beifälliger Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Jöhr (Z.): Die Sanierung ist dringend notwendig; um sie parlamentarisch vorzunehmen, ist schnelle Erledigung erforderlich. Erst danach kann an Steuerentlastungen gedacht werden.

Abg. Dr. Cremer (D. Sp.): Erst wenn durch Beschränkung der Ausgaben und erhebliche Steuerentlastung die Wirtsch. neu angefaßt ist, kann die finanzielle Gesundung von Reich, Ländern und Gemeinden eintreten. Es ist eine Schwäche der jetzigen Vorlage, daß sie bestimmte Teile des Hillerding'schen Steuerentlastungsprogramms nicht enthält.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Wir sind bereit, die Sanierungsmaßnahmen zu beschließen, hatten aber entschieden auf der Steuerentlastung fest.

Abg. v. Sybel (Chr.-nat.): Der Minister hat sich persönlich verteidigt. Unsere Kritik ist nicht persönlich, wir bekämpfen das ganze System. Die Bauern müssen nur deshalb Reichsschiffe verlassen, weil man ihnen das Recht auf Erbsitz genommen hat. Die landwirtsch. Organisationen bemühen sich, die große Erregung ihrer Mitglieder zu mäßigen. Bei dem jetzigen Ausmaß der Not wird es uns nicht möglich sein, diese Politik lange fortzusetzen.

Abg. Dr. Horlacher (Bayer. Sp.) betont die Notwendigkeit der Sanierung, bekämpft hart die Biersteuererhöhung fordert Abschaffung der Kapitalertragsteuer für festverzinsliche Werte und Umweltssteuer auf die Einfuhr.

Abg. Gaudöcker (Bayer. Bauern.) protestiert gleichfalls gegen die Biersteuererhöhung, die die Großbrauerei bevorzugt und das Entstehen von Konkurrenzbrauereien auch genossenschaftlicher Art verhindert. Er schildert die Notlage der Kleinbauern und verlangt Einfuhrzölle für Weizen und Gerste. Auch die Mineralwassersteuer ist untragbar und trifft sogar die Kranken, denen der Arzt andere Getränke (gemeint ist: als Bier) vorschreibt. Der Rührstand darf nicht zugrunde gehen. (Beifall.)

Damit schließt die Beratung. Die Vorlagen gehen an den Steuerauschuß.

Nächste Sitzung Montag, den 24. d. M., 15 Uhr: Kleine Vorlagen, Agrarzolländerungen, Waisemonopol, Kaffee- und Teezoll.

Notetat 1930.

Ermächtigung bis 30 Juni 1930.

Infolge der Verzögerung der Entscheidung über den neuen Haushaltsplan war es der Reichsregierung nicht möglich, den Haushaltsentwurf für 1930 rechtzeitig vorzulegen. Der Entwurf ist erst am 8. März dem Reichstag vorgelegt worden, so daß er dem Reichstag frühestens kurz vor Ostern zugehen wird. Zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung und zur Erfüllung der Aufgaben des Reiches bedarf die Reichsregierung gewisser Ermächtigungen. Diese Ermächtigung wird in dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1930 angefordert. Der Entwurf sieht vor, daß die Reichsregierung in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 die notwendigen Ausgaben bis zu einem Viertel der für das Rechnungsjahr 1929 bewilligten Beträge leisten kann. Von diesen Bestimmungen werden nur ganz wenige im Gesetzentwurf aufgezählte Ausgaben ausgenommen.

Abstimmungen im Landtag.

Kurze Beratungspause.

Die Mittwochsitzung des Preussischen Landtages wurde in ihrer vierstündigen Dauer fast ganz mit Abstimmungen ausgefüllt. Zunächst wurde ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Wohlfahrtsminister Hirtfelder abgelehnt.

Hierauf wurden die Abstimmungen zum Handelsetat nachgeholt. Die Mehrheitsparteien setzten mit 40 Stimmen Majorität durch, daß die Ausbildungszeit der künftigen Handelslehrer auf sechs Semester Unversitätsbesuch festgelegt wurde.

Hierauf wurden Grundvermögens- und Hauszinssteuer in zweiter Lesung genehmigt, und endlich wurde das neue Fideikommiß-Gesetz in zweiter Lesung verabschiedet.

Der Landtag macht jetzt eine kurze Pause; er wird vor Ostern noch die drei Realsteuern: Hauszinssteuer, Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer erneuern und den Justiz- und Kultusetat durchberaten.

Deutsch-russische Gespräche.

Litwinoff - Dirlen. — „Prawda“ — „Vorwärts“.

Nach der Abreise des Außenministers Curtius von Berlin sind, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ zu melden weiß, die hier begonnenen Besprechungen zwischen dem deutschen Botschafter in Moskau, v. Dirlen, und dem Außenkommissar Litwinoff fortgesetzt worden. Dabei soll sich Herr Litwinoff besonders über den „Vorwärts“ und den „Sozialdemokratischen Pressedienst“ beschwert haben.

Wir werden uns über die Russland-Politik des „Vorwärts“ bei Gelegenheit noch ausführlich äußern und beschränken uns für heute auf drei Feststellungen: 1. Die Russland-Politik des „Vorwärts“ hat sich bis zum heutigen Tage noch nie mit der Regierungspolitik in voller Übereinstimmung befunden. 2. Der „Vorwärts“ ist stets für ein gutes Verhältnis zu Russland eingetreten unter der einzigen Voraussetzung, daß sich Russland nicht in die innere deutsche Politik einmische. 3. Der „Vorwärts“ hat stets alle Interaktionspläne mit derselben Konsequenz belächelt wie ihr lächerliches Gegenstück, die nationalbolshewistischen Bündnisphantasien.

Nach einer Meldung des „Tsch“, des offiziellen russischen Telegrammbüros, halten die „Iswestija“ die Antwort des Reichsaussenministers Curtius auf die demokratische Anfrage im Reichstage für ungenügend und unklar. Das Blatt bemerkt: „Es ist jetzt mehr denn je notwendig, daß die deutsche Regierung sich eindeutig über ihre Haltung äußere, die sie wahren werde.“ Die „Prawda“ erklärt angesichts der in der deutschen Presse verbreiteten Gerüchte über angeblich bevorstehende Verhandlungen über die Fragen der Tätigkeit der Komintern und der Anpassung der Wirtschaftsverträge an die gegenwärtige Situation, daß die Sowjetregierung bisher niemals irgendwelche Verhandlungen über die Tätigkeit der Komintern gepflogen habe und auch fernerhin nicht pflegen werde. Ebenso unverständlich sei es, welche politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Sowjetsituation der deutschen Regierung die Revision der bestehenden Wirtschaftsverträge diktieren. Das Blatt erklärt, falls Deutschland auf dem Boden der Sowjetökonomie gestanden und nicht auf eine kapitalistische Restauration gehofft habe, müsse die gegenwärtige Situation als innere Angelegenheit der Sowjetregierung betrachtet werden. Sollte die deutsche Regierung dem Beispiel Henderson folgen und von einer Identität der Komintern mit der Sowjetregierung sprechen wollen, so würde ein derartiger Schritt als Übergang Deutschlands zur offen feindseligen Haltung gegenüber der Sowjetunion gewertet werden.

Über die Identität der Komintern mit der russischen Regierung leugnet, der nimmt „eine offen feindselige Haltung“ gegen die Wahrheit ein. Die „Prawda“ stellt also die deutsche Regierung vor die Wahl, entweder die offenkundige Wahrheit zu verleugnen oder sich zu einer „Feindin der Sowjetunion“ erklären zu lassen — so wie das der englischen Arbeiterregierung passiert ist, obwohl sich diese im Gegensatz zu ihrer konservativen Vorgängerin um die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen ehrlich bis zur Selbstaufopferung bemüht hat. Nun braucht die deutsche Koalitionsregierung nicht den Ehrgeiz haben, bolschewistenfeindlicher zu erscheinen als die englische Arbeiterregierung. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wenigstens hat sich längst mit den Tatsachen abgefunden: Bannflüche aus Moskau lassen sie völlig kalt.

KPD-Zaktif.

Kommunisten verschwinden — Mittläufer erhalten Diebe.

Dresden, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Hälfte der bei den jüngsten Dresdener Unruhen verhafteten Personen sind nach den Feststellungen der Polizei Leute, die schon wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen verurteilt sind. Bekannte Kommunisten wurden auch bei den Dresdener Unruhen von der Polizei nicht gefaßt. Dieses Rätsel findet seine Lösung durch eine Mitteilung der „Dresdener Volkszeitung“, nach der sich der 28 Jahre alte kommunistische Funktionär Oskar Hennig, der zweimal zu Kurzen in Russland weilte, wie folgt geäußert hat: „Von unseren Leuten gerät feiner in die Hände der Polizei. Durch ein Rundschreiben der Partei ist allen Mitgliedern der KPD, befohlen, sich bei Zusammenkünften mit der Polizei sofort aus den Demonstrationen zurückzuziehen und zu verschwinden.“ Als Opfer der KPD-Zaktif sind also die unorganisierten Erwerbslosen von der kommunistischen Führung auserselbst.

Der Presseberichterstatter Paul Kießling ist inzwischen ein Opfer der Dresdener Unruhen geworden. Er erhielt bei der Ausübung seiner Berichterstattungstätigkeit von einem Polizeibeamten im Gedränge einen Hieb mit dem Gummiknüppel. Da Kießling zu erkrankt war, ist er den Folgen dieser Verletzungen erlegen.

Knallfrösche gegen Kirchenprotest.

Zw. Schenkfälle in einer Versammlung.

Prag, 19. März.

Die für Dienstagabend von der tschechisch-katholischen Arbeiterorganisation einberufene Versammlung gegen die Kirchenpolitik der Komintern verlief außerordentlich stürmisch. Trotz der Polizeivorbereitungen gelang es zahlreichen Kommunisten einzudringen. Kurz nachdem Erzbischof Dr. Kordatsch das Wort ergreifen wollte, rief ein nahe beim Vortragstisch stehender Mann: „Es lebe Sowjetrußland!“ Sofort wurde er von Ordnern gepackt und hinausgedrängt. Von der dichtbesetzten Galerie wurden Steinbomben und Knallfrösche geworfen. Der Wirrwarr wurde durch das Erscheinen der Polizei noch vergrößert. Immer wieder knallten an verschiedenen Stellen Frösche, das beinahe eine Panik herbeirief, da zahlreiche Frauen meinten, es werde geschossen. Schließlich gelang es dem Erzbischof, seine Rede fortzusetzen.

Das Paradies der Komitatschi.

Sofia, 19. März. (Eigenbericht.)

Der englische, der französische und der italienische Gesandte forderten von der bulgarischen Regierung auf Anordnung ihrer Regierungen strengste Maßnahmen gegen die mazedonischen Unruhestifter. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die von der bulgarischen Presse in den letzten Tagen gemeldeten Verhaftungen mazedonischer Komitatschi nicht erfolgt sind und die bulgarische Regierung bisher keinerlei Maßnahmen gegen die mazedonischen Unruhestifter ergriffen hat.

Das Zeichen des Verra's.

Der Landtagsabg. R. habein wurde, o d er das Grab 'ei es Verra's besucht, von Kommunisten mi. dergeschlagen und schwer verletzt.



„Er ehrt das Andenken seines Vaters. Ein Zeichen seines Verra's, da wir Kommunisten das Andenken unserer Väter besudeln!“

Arbeiterpartei / Fraktionsdisziplin.

Neuer Vorstoß der schottischen Rebellen / Heftige Debatte in der Unterhausfraktion

London, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Fraktion der Arbeiterpartei beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage der Partei- bzw. Fraktionsdisziplin. Die durch das selbständige Vorgehen der unter Führung Maxtons stehenden Clyde-Gruppe in ernste Gefahr geraten ist.

Unmittelbaren Anlaß zu der Auseinandersetzung gab die Unterhausdebatte vom Dienstag über den Etat des Luftministeriums, in deren Verlauf die schottischen Rebellen, unterstützt von einigen anderen Abgeordneten (darunter einem Sohn des ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Baldwin) einen Antrag einbrachten, der eine sofortige Abschaffung der Luftflotte forderte. Wie der Fraktionsvorsitzende Snell betonte, haben sich die Antragsteller mit diesem Verbesserungsantrag und einem ähnlichen Antrag, der sich auf die Bewaffnung zu Lande bezieht, in Gegensatz zum Parteiprogramm gestellt, das die Abkürzung auf Grund eines internationalen Abkommens fordert.

In der Diskussion erklärte der intellektuelle Urheber der Oppositionspolitik, Whalley, daß die englische Gewohnheit der Alleinverantwortlichkeit des Kabinetts unvereinbar sei mit der Politik einer Arbeiterpartei, die der Partei oberstes Bestimmungsrecht über die Politik einräumt.

Henderson wandte sich mit scharfen Worten gegen die Politik der Opposition. Die Arbeiten der Regierung, so betonte er, würden durch die Obstruktion einer Minderheit erschwert, die sich nicht scheue, ihrer Kritik öffentlich in Zeitungen Ausdruck zu verleihen. Kritik müsse innerhalb der Partei ausgeübt werden.

geübt werden. Die Politik der Regierung halte sich übrigens an das Parteiprogramm.

Die Fraktion beschloß, jedem Abgeordneten als Grundlage für kommende weitere Erörterungen die Parteitagsbeschlüsse von 1929 über Parteidisziplin überreichen zu lassen.

Unmögliche Kompromißformeln.

Um die „Parität“ zwischen Frankreich und Italien.

London, 19. März. (Eigenbericht.)

Die unfruchtbare Suche nach einer erlösenden Formel, durch die die Flottenkonferenz gerettet werden könnte, dauert unvermindert an. Die neueste Phase dieser Erörterungen scheint darin zu bestehen, die französisch-italienischen Schwierigkeiten durch eine, nur als grotesk zu bezeichnende Auslegung des Grundsatzes der Parität zu überwinden. Nach diesen neuen Gedanken sollen die italienischen und französischen Schiffstärken bzw. Programme durch Addition von älteren, teilweise längst unbrauchbar gemachten Kriegsschiffen „trifflert“ werden — wie man in England sagt —, bis man auf dem Papier eine Parität hergestellt hat. Während es Frankreich gestattet sein soll, die alte Tonnage durch neue zu ersetzen, soll sich Italien verpflichten, die alte Schiffstonnage nicht zu erneuern.

Es gehört keine große Prophezeiung dazu, auch diesem Gedankengang, wie viele ähnliche in den letzten Tagen ein Begräbnis in den Aktenbüchern der Konferenz innerhalb der nächsten 24 Stunden vorauszusagen.

Schulleiter gegen Frick.

Eine Erklärung der Weimarer Direktoren.

Weimar, 19. März. (Eigenbericht.)

Die ministerielle Tätigkeit des Putschisten Frick stößt in allen Schichten der thüringischen Bevölkerung mehr und mehr auf Widerstand. An der Spitze dieser Widerstandsaktion marschiert zunächst die höhere thüringische Lehrerschaft, die sich fast ausschließlich aus rechts eingestellten Persönlichkeiten zusammensetzt. Am Mittwoch sind zunächst die Weimarer Schuldirektoren mit einer Erklärung gegen die Regierungsmethoden des Putschisten Frick vor die Öffentlichkeit getreten, die auch innerhalb der Regierungsparteien einen außerordentlich starken Eindruck gemacht haben soll. Die Direktoren wenden sich vor allem gegen die Beteiligung von Schülern an rechtsradikalen Straßenkundgebungen und beziehen sich in erster Linie auf eine Kundgebung der Hitler-Jugend gegen den Young-Plan am vergangenen Sonntag in Weimar. Wörtlich heißt es dann in der Erklärung weiter: „Der Aufruf zu der Kundgebung war mit an erster Stelle von der Hitler-Jugend und dem Nationalsozialistischen Studentenbund, also ausgesprochen parteipolitischen Organisationen, unterzeichnet. Da § 26 Absatz I der staatlichen Schulordnung die Teilnahme an Veranstaltungen parteipolitischer Vereinigungen ausdrücklich nur den vollberechtigten Schülern gestattet, hätten wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, unsere Schüler vor der Beteiligung der vom Volkswirtschaftsministerium erst kürzlich wieder als rechtskräftig anerkannten Bestimmungen des § 26 Absatz I zu schützen.“

Ein Schüler der hiesigen höheren Schule hat, nachdem das Direktorium das Verbot verkündet hatte, dem Herrn Volkswirtschaftsminister durch Vermittlung einer Zwischenstelle sofort hiervon Nachricht zukommen lassen, und dieser hat unsere Anordnung daraufhin ohne weiteres aufgehoben. Wir müssen mit größtem Ernst und mit vollem Gefühl unserer Verantwortlichkeit gegen die von uns anvertraute Jugend und deren Eltern aussprechen, daß eine solche vor vollkommener Öffentlichkeit geübte Kritik unserer durch Pflicht und Gewissen gebotenen Maßnahmen die Zerstörung der Autorität der Schule bedeutet. Wir sehen im Bunde mit unseren Schulkollegen alle Kraft daran, unsere Schüler zu nationaler Gesinnung und zu staatsbürgerlichem Pflichtgefühl zu erziehen. Die Erfüllung unserer Aufgabe wird uns aber unmöglich gemacht, wenn für unsere Amtsführung nicht mehr in erster Linie die Bedingungen der Schule, sondern die Bedürfnisse

wesensloser Parteipolitik maßgebend sein sollen, und wir sehen uns daher gezwungen, die Verantwortung für den Geist, der künftig an den uns unterstellten Schulen herrschen wird, abzulehnen.“

Groener war es selbst!

Die Aufdeckung der Vorfälle in der Reichswehr.

In der Presse ist eine Nachricht verbreitet worden, daß nicht der Reichswehrminister, sondern der Reichsminister des Innern als erster von den Verbrechen der jetzt verhafteten jungen Offiziere, sich im nationalsozialistischen Sinne zu betätigen, Kenntnis bekommen habe. Diese Nachricht ist vollkommen unrichtig. Tatsächlich ist die Meldung von diesen Vorgängen aus der Truppe an die zuständigen Vorgesetzten gegangen und von diesen auf dem schnellsten Wege dem Chef H. S. und dem Reichswehrminister weitergegeben worden. Nach einer ersten internen Untersuchung hat der Reichswehrminister die Angelegenheit dem Oberreichsanwalt übergeben. Der Oberreichsanwalt hat dann erst dem Reichsminister der Justiz von dem Sachverhalt Kenntnis gegeben. Der Reichsminister hat erst durch diesen Umsturz in die Akten bekommen.

Die Agrarvorlagen im Reichstag.

Noch weitergehende Anträge der Grünen Front

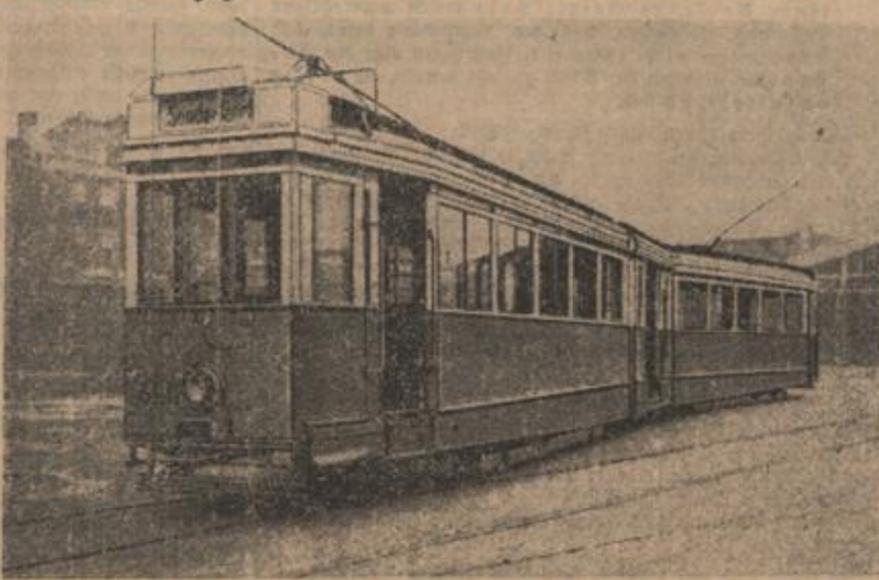
Die Initiativgesetze der Regierungsparteien über die Zolländerungen bei Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Mehl, Reis, Zucker und Mais sind im Reichstag entsprechend der gestrigen zielten Verständigung eingebracht worden. Im Wirtschaftsteil geben wir eine eingehende Darstellung und Kritik der neuen Pläne, bei deren Ausarbeitung die Sozialdemokratie den Schutz der Verbraucher besonders in den Vordergrund stellte.

Die Deutschnationalen und auch die Bauerngruppen haben erheblich weitergehende Gesetzesanträge gestellt. Ueber sämtliche Gesetzesentwürfe wird im Reichstag wohl schon in der nächsten Woche entschieden werden.

Während der Gerichtsverhandlungen gegen den Bürgermeister von Kalkutta, Bengalia in Kanton, wurden vor dem Justizgebäude allerlei Gegenstände auf die Polizei geworfen; mehr als hundert Personen, darunter 30 Polizeibeamte und eine angegebene indische Persönlichkeit, wurden verletzt. Erst Militärpolizei gestreute die Menge.

168 in einer „Elektrischen“

Jahrzehntlang hat das Schienenfahrzeug sich im Verkehr der Großstädte fleißig behauptet. Es entwickelte sich von der Pferdebahn zur elektrisch betriebenen Straßenbahn. In dem Maße aber, in dem sich das Straßenpflaster verbesserte und die Gummireifen und schließlich der Ballonreifen beim Omnibus sich durchsetzte, wandte sich die Gasse eines großen Teils der Fahrgäste von der Straßenbahn ab und dem Omnibus zu. Der Kraftwagen, der nicht an Gleise gebunden ist und daher an den Bürgersteig heranfahren kann, hat sicherlich keine großen Vorzüge, denen als Hauptnachteil jedoch verhältnismäßig hohe Betriebskosten entgegenstehen. Der Omnibus hat eine ungeheuerlich rasche Wandlung durchgemacht. Er ist immer mehr verbessert und umgestaltet worden. Die Straßenbahn aber behielt konsequent ihre alt hergebrachten Formen. Zum Teil ist daran auch die lange Lebensdauer eines Straßenbahnmotors schuld, die man auf 20 bis 30 Jahre bemessen kann, während man dem Omnibus nur ein Dasein von etwa fünf bis zehn Jahren gönnt. Erst infolge des Wettbewerbs des Omnibusses und auch infolge der besonderen Anforderungen, die der Großstadtverkehr an die Verkehrsmittel stellt, ist man zu neuen Formen übergegangen.



Die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft hat seit einiger Zeit zwei neuartige Straßenbahnwagen eingestellt, sogenannte Gelenkwagen, die auch als „D-Bus-Wagen“ bezeichnet wurden. Einer dieser Wagen läuft auf der Linie 74 zwischen Kniprodestraße Ecke Göttingerstraße und Lichterfelde, der andere auf der Linie 177 zwischen Zoo und Zehlendorf. Jeder Wagen besteht aus drei Zellen. Das Mittelstück ist zwischen den beiden anderen eingehängt. Dadurch erhält man einen langen Wagen, der bequem durch die Kurven laufen kann. Die Wagen wiegen je zwei 27,5 Tonnen, beladen rund 39 Tonnen. Die motorische Gesamtleistung beträgt rund 325 Pferdekräfte, also etwa 240 Kilowatt. Die motorische Leistung, auf die Tonne Zuladung bezogen, beträgt 6,9 Kilowatt (rund 9 1/2 PS), die Wagenlänge beträgt über die Plattform gemessen 23,15 Meter. Die Wagen kommen bei ihrem großen Fassungsvermögen vor allem für den Einsatz auf solchen Strecken in Betracht, die eine ziemlich gleichmäßige Beladung haben.

Berlin ist übrigens nicht die erste deutsche Stadt, die sich rühmen kann, solche Gelenkwagen eingestellt zu haben. Dieser Ruhm gebührt vielmehr der Stadt Dresden, die vor etwa einem Jahre zwei Gelenkwagen in Betrieb nahm. Der eine dieser Wagen gleicht im Aufbau den Berliner Wagen. Der andere ist jedoch wesentlich anders gebaut. Bei ihm heißt das Mittelstück zwei Achsen, während die beiden äußeren Teile nur je eine Achse haben und sich im übrigen auf ihren Mittelteil stützen.

So hochzuwertschätzen der Fortschritt im Bau von Straßenbahnen ist, so bedauerlich ist es, daß die Konstrukteure bei den neuen Wagen nicht daran gedacht haben, den Fahrer vernünftig zu sehen. Als Vorbild könnten hier amerikanische Typen dienen, bei denen die Schaltelemente rechts und links vom Fahrer angeordnet sind, so daß dieser die Seine genau so wie der Kraftwagenfahrer ausströmen und so ohne zu große Ermüdung steuern kann. Hier sollte endlich einmal auch in Deutschland mit der von der Pferdebahn übernommenen Form gebrochen werden. Die Fahrer, die täglich auf dem Wagen arbeiten müssen, werden den Ingenieuren Dank wissen.

Es genügt ja schließlich nicht, den Fahrer überhaupt nur zu sehen, man muß ihm auch eine bequeme Sitzgelegenheit bieten. Die rasche Ermüdung unter allen Umständen vermieden. Die Gelenkwagen bieten insgesamt 168 Personen Platz, 70 Sitzplätze sind vorhanden. Zu den Hauptverkehrsstunden werden zwei Schaffner den Dienst versehen, während bei normaler Beanspruchung ein Schaffner, der natürlich mit einem zeitparenden Fahrzeuginstrument ausgerüstet ist, die Fahrgäste abfertigt.

Es genügt ja schließlich nicht, den Fahrer überhaupt nur zu sehen, man muß ihm auch eine bequeme Sitzgelegenheit bieten. Die rasche Ermüdung unter allen Umständen vermieden. Die Gelenkwagen bieten insgesamt 168 Personen Platz, 70 Sitzplätze sind vorhanden. Zu den Hauptverkehrsstunden werden zwei Schaffner den Dienst versehen, während bei normaler Beanspruchung ein Schaffner, der natürlich mit einem zeitparenden Fahrzeuginstrument ausgerüstet ist, die Fahrgäste abfertigt.

Es genügt ja schließlich nicht, den Fahrer überhaupt nur zu sehen, man muß ihm auch eine bequeme Sitzgelegenheit bieten. Die rasche Ermüdung unter allen Umständen vermieden. Die Gelenkwagen bieten insgesamt 168 Personen Platz, 70 Sitzplätze sind vorhanden. Zu den Hauptverkehrsstunden werden zwei Schaffner den Dienst versehen, während bei normaler Beanspruchung ein Schaffner, der natürlich mit einem zeitparenden Fahrzeuginstrument ausgerüstet ist, die Fahrgäste abfertigt.

Es genügt ja schließlich nicht, den Fahrer überhaupt nur zu sehen, man muß ihm auch eine bequeme Sitzgelegenheit bieten. Die rasche Ermüdung unter allen Umständen vermieden. Die Gelenkwagen bieten insgesamt 168 Personen Platz, 70 Sitzplätze sind vorhanden. Zu den Hauptverkehrsstunden werden zwei Schaffner den Dienst versehen, während bei normaler Beanspruchung ein Schaffner, der natürlich mit einem zeitparenden Fahrzeuginstrument ausgerüstet ist, die Fahrgäste abfertigt.

Berlins Kredit unerschütterlich.

Infolge des guten Absatzes der Berliner Schahantweilungen hat das unter Führung der Preussischen Staatsbank und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft stehende Konsortium sich entschlossen, schon vorzeitig die bei dem Geschäft vorgezeichnete Verpfändung der Deutschen Gasaktien aufzuheben. Das Konsortium hat der Stadt Berlin die Freigabe des Lombards mitgeteilt.

Der Mordüberfall von Röntgenal.

Voruntersuchung gegen 18 Nationalsozialisten eröffnet.

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III Berlin hat in der Angelegenheit der Schießerei in Röntgenal die Voruntersuchung wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg und wegen Kaufhandels gegen 18 Nationalsozialisten, die sämtlich in Haft sind, eröffnet.

Bei den Verhafteten sind zwei Gruppen zu unterscheiden, nämlich eine Röntgenaler Gruppe, deren Mitglieder vielfach aus Buch stammen, die sich am Abend des 3. März zu einer Versammlung im Lokal „Edelmuth“ in Röntgenal versammelten, und einer Berliner Gruppe, die im Laufe des Abends telephonisch von Berlin zur Verstärkung herbeigeholt worden ist. Es handelt sich in allen Fällen um junge Leute zwischen 17 und 24 Jahren.

Der neue Präsident der Oberpostdirektion.

Zum Nachfolger des am 3. März verstorbenen Präsidenten der Oberpostdirektion Berlin Berge ist der Präsident der Oberpostdirektion Leipzig Gerbeth bestimmt worden. Er wird die Leitung der Berliner Oberpostdirektion am 1. April übernehmen. Vor der Übernahme der Leitung der Oberpostdirektion Leipzig war Gerbeth längere Zeit Abteilungsdirigent im Reichspostministerium.

Durch Frau Momms in Gefängnis.

Sie bezichtigte andere des Diebstahls.

Die Verleumdungen der Frau des Regierungspräsidenten Momms erscheinen nach den letzten Ermittlungen deshalb ganz besonders verwerflich, weil sie, wie sich jetzt erst herausstellt, über ihre Entwendungen und Verleumdungen hinaus dritte Personen des Diebstahls bezichtigt und ins Gefängnis gebracht hat.

In die Diebstahlsaffäre der Frau Momms spielt nämlich, wie erst jetzt bekannt wird, noch der Fall eines Potsdamer Schlächtergeflüchtes hinein, der auf eine Diebstahlsbeziehung der Frau Momms vom Potsdamer Gericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Die Braut des jungen Mannes war bei Frau Dr. Momms als Hausangestellte beschäftigt. Als zu Ende des vorigen Jahres ein größerer Posten Wäsche aus der Wohnung des Regierungspräsidenten vermisst wurde, wurde der Bräutigam der Hausangestellten, der sie wiederholt in der Dienststelle betrogen hatte, dieses Diebstahls bezichtigt. Alle Unschuldbetenerungen des Verdächtigten hatten nichts; er wurde zu Gefängnis verurteilt und mußte die Strafe auch verbüßen. Im Laufe der kriminalpolizeilichen Untersuchung stellte sich aber heraus, daß auch dieser angeblich gestohlene Posten Wäsche von Frau Dr. Momms beiseite geschafft worden ist. Wie es heißt, hat Frau Momms auch diesen „Diebstahl“ der Versicherung angezeigt

und dafür eine Entschädigung erhalten. Der seinerzeit ungeschuldig Verurteilte will jetzt die Hilfe eines Berliner Rechtsanwaltes in Anspruch nehmen, um Rechtsansprüche gegen den Justizsystem zu stellen, und gleichzeitig nötige Rehabilitierung verlangen. Außerdem will die Braut, die damals sofort entlassen wurde, gegen Frau Momms Beleidigungsklage erheben.

Der Rest der noch fehlenden Sachen, insbesondere das verschwindende Silber, wurde bei der im Laufe des gestrigen Nachmittags vorgenommenen Hausdurchsuchung in der Hauptstraße des Regierungspräsidenten entbehrt. Frau Momms hatte dort einen größeren Haufen, in der sich der gesamte Inhalt des angeblich im Dezember vorigen Jahres gestohlenen Silberkastens sowie das Tafelsilber des fingierten Einbruchs vom 10. März befand, in Depot gegeben. Bis auf einige Kleinigkeiten ist alles restlos wieder herbeigeschafft worden. So haben sich auch die Angaben der Frau Momms, die sie vor Justizrat Josephson gemacht hatte, daß alles Silber durch Helfershelfer verkauft worden sei, als falsch erwiesen. Bezeichnend für den Geisteszustand der Frau ist, daß sie nicht einmal danor zurückschreckte, bemutigt völlig unbeteiligte Personen als Helfershelfer zu bezeichnen. Nach den letzten Ermittlungen konnten Mitarbeiter der Frau Momms in strafrechtlicher Hinsicht nicht mehr in Frage.

Alexio Azevedo

Ein brasilianisches Mietshaus

Ja, in der Tat, Bertoleza mußte verschwinden wie ein schwarzer Fleck auf einem sauberen Blatt Papier. Sie mußte Raum machen für ein blaues Mädchen mit zarten Händen und parfümiertem Haar: die lichte und Freude brachte; die das neue Leben vorstellte, das sich vor ihm öffnete, ein Leben unter Blumen, mit Selde und Spizen, wo der Tee aus seinem Porzellan geschlüpft wurde, und wo geschickte Finger über das Klavier hingleitete. Sie repräsentierte das angenehme Dasein der Reichen, der Glücklichen und Starken, derer, die ohne Arbeit ererbt haben und derer, die über die Schwachen und Zurückbliebenen hinweg zu dieser stolzen Höhe emporgestiegen sind. Joao Romao fühlte nach der Berührung von Julimitos Fingern auf seinem Arm, als sie an der Küste Botafogos entlang spazieren gegangen waren. Und er sah die floren Augen noch vor sich, die von zärtlicher Zuneigung sprachen. Seine dicke rote Hand hatte gezittert bei dem Kontakt mit der weichen weißen Haut, die ihm bald ganz zu eigen sein sollte.

Aber Bertoleza — ja, er mußte sie wegbesördern, sie abschieben, sie loswerden, und zwar unverzüglich!

Auf der Nickeluhr war es Mitternacht, als Joao Romao eine Kerze anzündete und in das Zimmer hinunterstieg, wo die Negerin schlief. Wie ein Verbrecher, der auf Mord sinn. Schlief er sich an ihre Tür. Sie lag auf der Seite und hatte das Gesicht in den Armen vergraben. Wie gewöhnlich hatte sie ihre Füße von sich geworfen, und ihr dicker schwarzer Körper lag nackt da. Joao Romao betrachtete sie ein paar Minuten lang schweigend.

Und diese elende Negerin, die dumpf schlief wie ein müdes Tier, sollte das einzige Hindernis in seinem Leben sein? War das wirklich möglich?

Wenn sie nun stirbt?

Der Gedanke hiebte ihm durch den Kopf wie ein scharfer Bohrer über ausgedörrte febrile Haut. Ach ja, wenn sie doch bloß sterben wollte! Das wäre die beste Lösung für dieses kümmerliche Problem. Und natürlich bereitete der Gedanke den nächsten Vor:

„Wenn ich sie nun umbrächte?“

Aber ein Schauer des Entsetzens kroch ihm über den Rücken, als er bemerkte, wohin ihn solche Gedankengänge führten.

„Wenn ich's nun aber doch täte? Welches wäre dann wohl der beste Weg?“

„Dannoch, er überlegte, wie er sie beiseite schaffen könnte, ohne daß irgendeine Spur auf den Urheber des Verbrechens deutete. Gift ging nicht an, und ein Schuß war noch schlimmer. Vielleicht wäre es möglich, sie einmal auszuführen und sie an einen einsamen Ort zu locken, wo sie wie durch Zufall ins Meer hinabgestoßen werden könnte? Das war kein schlechter Einfall; aber dagegen sprach, daß er sie ja niemals ausgeführt hatte, daß er also doch nicht gut plötzlich auf eine solche Idee kommen könnte.

Tausel noch mal! Wenn ein Mann eine schändliche Vergangenheit auslöschen wollte, um zu Ruhm und Ehre zu gelangen, müßten es ihm die anderen doch eigentlich leichter machen.

So stand er da, hielt die Kerze in der Hand und wandte den Blick nicht von Bertoleza, die immer weiter unbeweglich, das Gesicht im Arm vergraben, dalag.

Aber wäre es denn nicht möglich, es einfach jetzt zu tun? Er machte ein paar Schritte auf das Bett zu.

Mit einer plötzlichen Bewegung schreckte die Negerin auf und starrte ihn vollwach an.

„Ah“, rief er aus und schnappte nach Luft.

„Was wollen Sie denn, Herr Joao?“ fragte sie.

„Richtig. Ich habe bloß mal sehen wollen, wie's dir geht — bin diese Sekunde hereingekommen. Wie fühlst du dich denn? Ich hoffe, daß die Schmerzen in der Brust aufgehört haben.“

Sie zuckte die Achseln und erwiderte nichts. Einen Augenblick lang herrschte verlegenes Schweigen zwischen den beiden, und da Joao Romao nichts weiter zu sagen einfiel, machte er kehrt und ging; aber er fühlte den Blick der Schwarzen im Rücken.

Hätte sie etwa Verdacht geschöpft, fragte er sich, als er die Treppe hinaufging. Aber weshalb denn? Was gab es denn Verdächtiges?

Wiso kroch er ins Bett und beschloß, nicht mehr über die Sache nachzudenken und sofort einzuschlafen.

Aber sein Geist rebellierte, und der Schlaf wollte nicht kommen; ihm war, als ob scharfe Nadeln sich in sein Hirn einbohrten, und er fuhr fort, über Bertoleza nachzudenken.

Er mußte sie loswerden. Je eher, desto besser. Und irgendein Weg würde sich schon finden. Sie hatte kein Wort

über sich und ihre Zukunft gesprochen, aber Dona Estela war im Begriff, das Datum für die Hochzeit zu bestimmen, und er wollte nicht, daß Bertoleza noch im Haus war, wenn aller Augen sich auf den Verlobten der Baronin richteten. Er stellte sich das Gerüchte vor, das entstehen würde; das verstaubte Lächeln und die Bemerkungen der neuen Freunde und Bekannten.

„Denk dir nur, er hat 'ne Negerin bei sich im Hause, jahrelang lebt die schon bei ihm, und jetzt will er eins der nettesten Mädchen der Stadt heiraten. — Das ist schon 'ne Type für sich, der Kerl. — Dieser neue Kapitalist ist sabelhaft angezogen, aber es gibt einen sehr dunklen Punkt bei ihm. — Montags, Mittwochs und Freitags weiß, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends schwarz; und Sonntags gehts gemischt zu. — Hoffentlich werden sie friedlich und einträchtig wie Schwestern zusammen leben.“

Und der Budler vergrub seinen Kopf in die Kissen, als er sich das laminenartige Gerüchte vorstellte, das auf ihn losgeschlagen werden würde. Mirandas Familie war zweifellos über Bertoleza orientiert. Davon war er überzeugt. Nazara und Leonor hatten bestimmt dafür gesorgt, wenn die Mitglieder der Familie nicht von selbst im Bilde gewesen sein sollten. Und sie hatten kein Wort gesagt, weil sie sich auf sein Tatgefühl verlassen und angenommen hatten, er würde Bertoleza vor der Veröffentlichung der Verlobung beiseiteschaffen. Er aber hatte nichts unternommen; er hatte gewartet und gewartet und es wie ein Zeigling immer hinausgeschoben. Nun, die Zeit war jetzt vorbei. Jetzt würde er eigenhändlich handeln und sie von ihrer Verlobung befreien. Ein Nicht ging ihm auf — deshalb also sprach Dona Estela zwar von dem Hochzeitstag, setzte aber den Termin noch immer nicht fest. Sie warierte zartfühlend darauf, daß er dieses letzte Hindernis aus dem Weg räumen sollte, und er war so ein dickköpfiger Trottel gewesen, daß er ihre Absicht nicht durchschaut hatte.

Wenn er sie vor langer Zeit umgebracht hätte, als er ihrer zuerst überdrüssig wurde, hätte niemand irgend etwas vermutet. Kein Mensch wäre darauf gekommen, daß ein Mann eine arme Frau ermordete, mit der er jahrelang in Frieden und Harmonie zusammengelebt und die im Geschäft seine rechte Hand war. Aber wenn Bertoleza jetzt ins Hellen befördert würde, mußte sich der Verdacht direkt auf ihn richten. Der Umstand, daß sie in getrennten Räumen schliefen und das Gemurmel von ihrer bevorstehenden Heirat führte lagischerweise dazu, ihn eines solchen Verbrechens für fähig zu halten.

(Fortsetzung folgt.)

Berliner Brunnenwunder.

Die Berliner Brunnen bilden ein Stück der Stadtgeschichte. Bis vor 220 Jahren gab es nur Ziehbrunnen, die dann 1700 den Zentilbrunnen weichen mußten. Besonders auffällig oder künstlerisch wie die Brunnen in Goslar, Danzig, Nürnberg waren deren Brüder in Berlin nicht.

Aber vor 75 Jahren verlegten zwei feuer spielende Brunnen die ganze Stadt in Aufregung und waren Anlaß zur Bildung wissenschaftlicher Kommissionen und gelehrter Untersuchungen. Der erste Fall ereignete sich an einem nebligen Herbstabend vor dem Hause Karlsruher Straße 30. Ein Mädchen war im Begriffe, zum Abendessen einen frischen Trunk Wasser zu schöpfen. Dabei kam das Kerzenlicht zu nahe an das Ausflußrohr, aus dem sofort und bei jedem weiteren Kolbenstoß eine helle Flamme von einer Länge von zwölf Zoll und einem Durchmesser von etwa fünf Zoll herauszuckte. Natürlich ging beim ersten Schreck die Wasserkaraffe in Stücke und die Nachricht von dem feuer spielenden Brunnen ging wie ein Lauffeuer durch Berlin. Bald darauf wiederholte sich dasselbe Ereignis am Mundrohr eines Schöpfbrunnens in der Behrenstraße. Alle damaligen etwa 800 Brunnen aber mochten diese Extratouren nicht mit. Deshalb kamen Klempnerbrüder auf den Einfall, aus diesen Erscheinungen einen Verdienst herauszuschlagen. Für einen Silbergroßen führten sie der neugierigen Volksmenge allabendlich das Naturereignis vor. Es war ein pacifischer Unflut, wenn über dem silbernen Wasserstrahl die blaue Flamme zischte. Raucher machten sich das Vergnügen, ihre Zigarren an den phänomenalen Brunnen anzustechen. Wissenschaftliche Räte setzten ein. Selbst Nachgrabungen wurden unternommen und Hoherichter abgefaßt. Diefem zufolge ergab sich, daß der Baugrund beider Gegenden lumpig ist und überzogen wird von einer lebenden Infusorienkruste. Diese fohnderte Kohlenwasserstoffgas ab, das sich im Brunnenkessel und in brüchigen Zuleitungsrohren sammelte. Durch jeden Pumpenstoß wurde nun mit dem Wasser auch das brennbare Gas ausgepumpt, das durch Zufall Berlin zeitweise in den Wundern verfehlte, brennende Brunnen zu besitzen.

Zum Krüppel gefahren.

Ein Güterjugend auf der Anlagebank.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte sitzt ein Mann — mit Brothesen an Stelle der Beine. Er hat sie bei einer Diebstahlsfahrt verloren. Ein Güterzug fuhr am 4. Mai v. J. zwischen Tempelhof und Neudölln. Der Bahnwärter bemerkte plötzlich, daß unter der Plandekel, die über ein Auto gespannt war, sich etwas bewegte. Dann sah er einen Mann auf der Vore. Er lief zum nächsten Blockhaus und telephonierte nach Neudölln: Aufpassen! Er läuft zurück und findet auf dem Geleise einen Mann mit abgefahrenen Beinen. In seinen Taschen findet er abmontierte Autoteile. Das war der Dieb. Er war im Fahren abgesprungen und unter die nachfolgenden Wagen geraten.

Der Mann zählt 30 Jahre, ist bereits wegen Diebstahls verurteilt. Er sucht Arbeit, fand keine, entschloß sich zum Diebstahl auf dem Güterzug. Es war seine letzte Diebstahlsfahrt. Er wird nicht mehr sehen. Der Staat, der ihn nicht helfen konnte, solange er Beine hatte, hat ihm jetzt die Prothesen verschafft. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Aus dem Kabinettskabinett der Monarchie.

Unmäßig sind sie doch seltener geworden — die Leute, die trotz Revolution und Republik nicht auf die Reliquien der Monarchie verzichten können, die Geschäftsinhaber, die immer noch nicht den Hofflieferantentitel von ehedem ablegen wollen, die Beamten o. d., die noch ihre Würde durch die schmückenden Zusätze „kaiserlich“, „königlich“ usw. haben möchten.

Aber ganz ausgestorben sind diese kaiserlichen Ränge auch im zwölften Jahr der Republik noch nicht, und gelegentlich kann man davon sogar noch ein ganz besonderes Prodigengemälde antreffen. Als solches stellt sich einem geehrten Publikum ein „Königlicher Hofingenieur“ Bernhard Polen vor, der in Berlin in der Köpenicker Straße ein Geschäft für Heizungsanlagen, Warmwasserversorgung usw. betreibt. „Königlicher Hofingenieur, Hoflieferant Sr. Majestät des Kaisers und Königs“ nennt er sich in einem gedruckten Prospekt, den er an Kunden oder solche, die es werden sollen, noch im März dieses Jahres, 1930, verschickt hat. Zur Empfehlung seines Betriebes zählt er darum eine Reihe angelegener Kunden auf, die er im Laufe der Jahre bedient hat. Wir finden da: „Palais westend Sr. Majestät Kaiser Wilhelm des Großen“ in Berlin, „Königliches Schloss“ in Berlin, „Palais Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Preußen“ in Berlin, „Königliche Schlösser in Posen, Hannover, Königsberg usw.“, die „kaiserliche“ Bestuhlung Cabinen, fünf „königliche“ Jagdschlösser Rominten, Grunwald usw., noch ein paar „königliche“ Palais in Berlin, das „königliche“ Opernhaus, das „königliche“ Schauspielhaus, das „königliche“ Kuffenmagazin, die „königliche“ Theaterschneiderei, ein „königliches“ Eisenbahnbetriebsamt, das „königliche“ Klinikum in der Fiebigstraße, ein paar „königliche“ Diensthäuser, die „königliche“ Feuerwehrr usw. usw. Diese Liste wird noch im zwölften Jahr der Republik verschickt! Soll man annehmen, daß der Prospekt noch aus den Zeiten der Monarchie übergeblieben ist und daß der Herr „königliche Hofingenieur“ den Rest noch und nach aufbringt? Ein „Rest“, mit dem man zwölf Jahre reicht, ließe allerdings auf ganz ungewöhnlich große Vorräte schließen. Aber selbst wenn es wirklich so ist, wenn tatsächlich hier ein Sparamer Geschäftsmann einen alten Prospekt noch verwenden zu sollen meint, so hätte er wenigstens handchriftlich durch Vermerkmale und Streichungen die Spuren der verschwundenen Monarchie austilgen können — falls er's gewollt hätte. Uebrigens ist dem gedruckten Prospekt noch ein mit der Maschine geschriebener Nachtrag eingeklebt, der nach der Revolution entstanden ist. Man findet darin auch das „Haus Doorn-Holland“, dessen jetziger Inhaber seinem „Hofingenieur“ ein treuer Kunde geblieben ist. Zusammen mit diesem Flüchtlingsheim des kaiserlichen Defekturs nennt der Nachtrag auch das „königliche“ Schloss Rhelmsberg und zwei „herzogliche“ Schlösser in Dessau, weiter ein „königliches“ Diensthaus in Berlin (Prinz-Louis-Friedrich-Straße), Herr Bernhard Polen, westend „königlicher Hofingenieur“, hält also bewußt an der „Königlichkeit“ noch sehr fest. Es muß auch solche Ränge geben!

Vermisst Der Wohnungsschloffer Genosse Walter Dräger aus Kieletz, Sobanstraße 46, ist seit dem 10. März d. J. von dem Gange zu seiner Arbeitsstelle nicht zurückgekehrt. Der Vermisste ist 31 Jahre alt, von mittlerer Größe und kräftiger Statur. Kleidung: hellbrauner Hut, brauner Mantel, heller Anzug mit blauen Streifen. Hut und Wäsche ist mit W. D. bezeichnet. Vorher seinen Metzlarbeiter-Verbandsbuch hatte der Vermisste keinerlei Bestimmung bei sich. Ebenfalls war er im Besitz nur geringer Geldmittel.

Keine Unsicherheit bei der U-Bahn!

Vollkommen unbegründete Behauptungen.

In den Verhandlungen vor der Verkehrskommission des Arbeitsgerichts, die sich mit Klagen von Arbeitern der Berliner Verkehrs-Gesellschaft wegen unberechtigter Entlassung beschäftigen, sind zur Begründung dafür, daß Arbeitsmangel nicht bestände, Ausführungen über den Zustand der Anlagen der BVG gemacht worden, die völlig unzutreffend sind.

Wir erfahren hierzu von zuständiger Stelle:

Zur Erhaltung der eisernen Viadukte und der Bauwerke der Hoch- und U-Bahn werden ununterbrochen, wie dies in jedem derartigen Betriebe notwendig und selbstverständlich ist, laufende Erneuerungsarbeiten ausgeführt. Es ist selbstverständlich, daß man Schäden an keiner Stelle in dem Maße anwachsen läßt, daß sie auch nur die geringste Gefährdung des Betriebes verursachen könnten. Die eisernen Viadukte stehen im besonderen unter dauernder Überwachung; sie werden unter gutem Anstrich gehalten und vor jedem Anstrich auf das sorgfältigste entrostet.

Ganz ist das Austreten von Rostbildungen niemals zu vermeiden, besonders an denjenigen Stellen nicht, wo die Viadukte über Geleise der Reichsbahn, die mit Dampf betrieben wird, hinwegführen. Der Auspuff von Lokomotiven fördert, wie allgemein bekannt ist, derartige Rostbildungen. Dementsprechend werden diese Stellen in erhöhtem Maße überwacht, Rostbildungen in kurzen Zeitabständen beseitigt und, wenn nötig, Auswechslungen von Konstruktionsstellen vorgenommen.

Von einem auch nur zeitweise betriebsgefährlichen Zustand der Konstruktionen kann an keiner Stelle die Rede sein.

Mißhandelte Kinder.

Material für die Arbeit des Strafrechtsausschusses.

Die „Jugendkaren“, Arbeitskreis für Jugendhilfe, hatte zu einem Ausspracheabend ins Rathaus geladen. Jugend und Mißhandlung war das Thema, und das Fazit des Abends war eine allseitige, teilweise recht scharfe Wendung gegen einige Lehrer von heute.

Die schlimmste Mißhandlung — so sagte die sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Frau Dr. Wegscheider — ist nicht einmal die Prügelstrafe oder immer das Schimpfwort, sondern das schälimste sind die kleinen Niederträchtigkeiten. Die Prügelstrafe kann man verbieten, aber gegenüber der Niedertracht versagen alle Verbote. Wir müssen langsam dahin kommen, daß zum Lehrer nur Menschen ausgebildet werden, die selbst einmal mehrere Jahre lang im Leben gestanden haben, ganz abgesehen davon, daß die heutige Zahl der Studienjahre zu gering ist. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß der Lehrer, dem frische, muntere Kinder, die nun mal keine Engel sind, anvertraut werden, in seinem Leben nichts anderes als die Schule gesehen hat!

Zu welchen Folgen mitunter auch die geringfügigsten, an sich unbeachtet gebliebenen Mißhandlungen führen, vornehmlich, wenn sie ein künftiges Rüst treffen, darüber gab Dr. Wegscheider eingehende Aufschlüsse. Die lebensunfähigen Menschen, denen es an jeglicher Initiative mangelt, die mit verdorrter Seele und einem ständigen Angstgefühl herumrennen, diese Menschen können zeitweilen nicht mehr von einer im frühen Alter erlittenen Mißhandlung los. Oder wir haben die aktive Reaktion: die Empörung gegen den mißhandelnden Feind, von der bloßen Affektmißhandlung unter Umständen gesteigert bis zum Mord. Deshalb niemals auf den Lehrstuhl ein Mann, der den Kindern gegenüber irgendwelche Rachegefühle für selbst in der Schule erlittene Unbill abregiert.

Der letzte Redner des Abends war der bekannte Reaktiver Strafrichter, Landgerichtsdirektor Dr. Siegert. Die Hände des Richters, meinte er, sind außerordentlich gebunden durch die lockeren Bestimmungen des Jugendgerichtsgesetzes, das nach den heftigen Bestimmungen doch sogar dem Lehrern zusteht. Bei schweren körperlichen Mißhandlungen kann der Richter einschreiten, aber die heftigen Mißhandlungen, die schlimmer sind als die körperlichen, sie fallen alle unter das Jugendgericht, das nach dem Allgemeinen Landrecht und einer Allerhöchsten Kabinettsorder von 1825 (!) auch dem Lehrer zusteht. Und dann ist die Voraussetzung einer Bestrafung wegen einfacher oder schwerer Körperverletzung ein Antrag des Verletzten! Unter solchen Umständen werden natürlich nur die wenigsten Kinder mißhandlungen bestraft. Wir müssen alles daran setzen, daß der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches hier endlich Wandel schafft.

Großfeuer im „Markushof“.

In der bekannten Industriestätte „Markushof“ in der Markushofstraße 18 brach gestern um 15 Uhr im Dachgeschoss des Fabrikgebäudes Feuer aus, das sich schnell zu einem Großfeuer entwickelte. Die Verqualmung war zeitweise so stark, daß die Wächmannschaften kaum die Hand vor Augen sehen konnten. Es bestand größte Gefahr für die angrenzenden Gebäude, in denen sich zum großen Teil Tischlereien und Möbelfabriken befinden. Sechs Schlauchleitungen und mehrere mechanische Leitern wurden zur Bekämpfung des Brandes eingesetzt. Nach etwa zweiwöchentlichem Wassergeben war die Hauptgefahr beseitigt. Eine starke Brandwache blieb bis in die späten Abendstunden hinein an der Brandstelle zurück. Bei den Löscharbeiten erlitt der Feuerwehrmann König eine schwere Rauchvergiftung. Nach Behandlung mit Sauerstoff konnte er in seine Wohnung gebracht werden.

Funkwinkel.

Der Vortrag Dr. Kurt Mühsams über den neuen amerikanischen Fabrikantismus „Clio“ kann als ein Versuch angesehen werden, neben dem Theaterquerschnitt auch einen wöchentlichen Filmüberblick zu geben. Eine solche Kritik durch Rundfunk bleibt problematisch, könnte aber einmal versucht werden. Jedenfalls sind Kurt Mühsams Ansätze der Technik des Farbentons aus ausgezeichnet und jedem Volke verständlich. Aber der Vortragende geht noch weiter, indem er auch die großen stilistischen Veränderungen in Betracht zieht, die die Erfindung zur Folge haben wird. Allerdings bleibt es hier nur bei Andeutungen. In dem Dialog über den „Scheinwerfer“ innerhalb des Jokus, das Gedächtnis der Zeitschrift sind die Erörterungen über die augenblicklich geübte Buchkritik bemerkenswert. Abends 8 Uhr: Josef Schmidt und Bronsgeest Operarien und Duette: Gegen Schmidts blühenden Tenor fällt Bronsgeest entschieden ab. F. Sch.

Den in der Verhandlung vorgebrachten Behauptungen, als ob die für eine dauernde Betriebsicherheit der Hoch- und U-Bahn jeweils erforderlichen Unterhaltungs- und Ausbesserungsarbeiten auch nur im geringsten durch die aus anderen Gründen vorgenommenen Entlassungen beeinträchtigt würden, muß auf das allerbestimmteste entgegnet werden. Die technischen Arbeiten haben sich in letzter Zeit naturgemäß verringert, nachdem als Folge der Inflation umfassende Erneuerungsarbeiten notwendig waren. Das für die Erhaltung der Bauwerke erforderliche Personal ist selbstverständlich nach wie vor unvermindert vorhanden.

Die Ausreise der „Europa“.

Bremen, 19. März.

Der Schnelldampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd trat heute um 13 Uhr von Bremerhaven seine erste Reise nach New York an. Die zweite Klasse, die dritte Klasse für Touristen und die dritte Klasse des Schiffes sind ausverkauft, die erste Klasse ist gut besetzt.

Um 12.30 Uhr wurde der letzte Laufsteg eingezogen. Die „Europa“ ließ ihre Sirene ertönen. Die letzten Trösten wurden losgemacht, und um Punkt 1 Uhr zogen die Achtern und vorn ausgespannten Schlepper das Schiff von der Raje ab. Nach mehreren Minuten schon ging das Schiff mit eigener Kraft stromabwärts. Im Bord der „Europa“ befinden sich unter anderen der preussische Ministerpräsident Dr. Braun, der Botschafter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Zschlitz und zahlreiche bekannte Industrieführer.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, zu richten.

Zum Notopfer für die Erwerbslosen wurden auf dem Strohhafen 22 (Weihensee) 28 Mark gesammelt und an die Bezirkskasse abgeliefert, worüber hierdurch mit bestem Dank quittiert wird.

Weitere Veröffentlichungen dieser Art müssen an dieser Stelle aus verschiedenen Gründen unterbleiben. — Alle Spender werden höflich gebeten, die in Umlauf befindlichen Sammellisten zu zeichnen. J. A. Alek Pagels.

Jugendweihle Neudölln.

Der Karrenverkauf zu der am 30. März im Mercedes-Palast stattfindenden Jugendweihle findet am Freitag, 21. März, von 17 bis 18 Uhr im Jugendheim, Bergstraße 29, statt.

1. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 2. u. 3. Die Abteilungsversammlungen der Abteilungen 7 bis 13 sollen an diesem Tage aus. Die Bezirksleiter haben zur Kreisamtliche Versammlung etc.

4. und 5. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 6. u. 7. Die Abteilungsversammlungen der Abteilungen 14 bis 16 sollen an diesem Tage aus. Die Bezirksleiter haben zur Kreisamtliche Versammlung etc.

16. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 17. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 18. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 19. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 20. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 21. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 22. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 23. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 24. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 25. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 26. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 27. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 28. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 29. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 30. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 31. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 32. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 33. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 34. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 35. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 36. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 37. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 38. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 39. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 40. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 41. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 42. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 43. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 44. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 45. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 46. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 47. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 48. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 49. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 50. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 51. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 52. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 53. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 54. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 55. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 56. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 57. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 58. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 59. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 60. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 61. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 62. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 63. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 64. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 65. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 66. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 67. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 68. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 69. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 70. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 71. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 72. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 73. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 74. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 75. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 76. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 77. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 78. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 79. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 80. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 81. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 82. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 83. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 84. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 85. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 86. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 87. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 88. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 89. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 90. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 91. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 92. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 93. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 94. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 95. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 96. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 97. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 98. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 99. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich. 100. Kreis-Bezirksversammlung, Sonntag, 24. März, 19 Uhr, Kreisamtliche Versammlung in den Reimschloß, Bremer Str. 77. Vortrag: „Der Reform von Groß-Berlin“, Referent: Hermann Gerlich.

heute, Donnerstag, 20. März: 10. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

Morgen, Freitag, 21. März: 1. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

17. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

18. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

19. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

20. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

21. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

22. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

23. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

24. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

25. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

26. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

27. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

28. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

29. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

30. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

31. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

32. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

33. WM, 20 Uhr bei Tobackshaus, Weinmeister Str. 11, Funktionärstagung.

Kompromisse der Agrarpolitik.

Die sozialdemokratische Abwehr. — Keine Blankoermächtigung.

Nach tagelangen und schwierigen Verhandlungen haben sich die Regierungsparteien auf ein Programm zur Abwehr ausgedehnt, besonders drückender Notstände in der Landwirtschaft geneigt. Das Programm liegt dem Reichstag in Initiativanträgen vor und dürfte in der nächsten Woche zur Erledigung kommen. Obwohl erst im Dezember 1929 eine umfassende Regelung der Agrarzölle erfolgte, haben sich die Preise der einzelnen Erzeugnisse, insbesondere für Roggen, aber auch für andere Getreidearten, nicht gehoben, sondern sie sind sogar teilweise bis auf 80 bis 90 Proz. des Vorkriegsstandes gesunken. Entsprechend der in ihrem Agrarprogramm übernommenen Verpflichtung, die Landwirtschaft vor ausgesprochenen Katastrophenspreisen ebenso zu schützen wie die Verbraucherschaft vor einer Preisüberhöhung wichtiger Lebensmittel, hat sich

Die Sozialdemokratie der Notwendigkeit neuer Hilfsmassnahmen nicht verschlossen.

Die bürgerlichen Parteien hatten eine umfassende Ermächtigung für die Regierung gefordert, die Agrarzölle zur Einhaltung und Erreichung von, besonders beim Roggen stark überhöhten, Richtpreisen nach eigenem Ermessen zu verändern. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß eine solche Blankoermächtigung an eine Regierung, von der man nicht wissen kann, wie sie in einigen Wochen oder Monaten ausfallen wird, größte Gefahren in sich birgt. Das Parlament hätte sich durch eine solche Ermächtigung aus einem seiner wichtigsten Aufgabengebiete, nämlich der Bestimmung der Lebensmittelpreise, selbst ausgeschaltet, und es wäre leicht möglich geworden, daß die Regierung unter agrarischem Druck zu Maßnahmen gezwungen worden wäre, die bei voller Einschaltung des parlamentarischen Einflusses nicht durchzuführen gewesen wären. Von der Sozialdemokratie wurde daher diesen Bestrebungen starker Widerstand entgegengeleitet, der schließlich zum Erfolg führte: Der Ermächtigungsplan ist gefallen.

Auch die Forderung auf Erhöhung des Roggenzolls ist damit hinfällig geworden. Zur Hebung des weit unter Vorkriegshöhe liegenden Roggenpreises sind neben dem bereits dem Reichstag vorliegenden Brotgesetz, das zum verstärkten Konsum von Roggenbrot anregen soll,

finnere Maßnahmen durch verstärkte Roggenverfütterung

geplant. Im Dezember vorigen Jahres ist der Plan der Sozialdemokratie, große Roggenmengen durch Beibehaltung des bisherigen Zmel-Mark-Zolls für Landwirte, die neben der Gerste Roggen verfüttern, zur Verfütterung zu bringen, abgelehnt worden. An Stelle der vorgesehenen Differenzierung des Futtermittelzolls ist schematisch eine Zollserhöhung auf 5 Mark gegen die Sozialdemokratie beschlossen worden. Auch in den bürgerlichen Parteien hat sich jetzt die Erkenntnis durchgesetzt, daß das ein Fehler war, der nunmehr wieder gutgemacht werden soll: Der alte 2-Mark-Futtermittelzoll soll für Landwirte, die neben der Gerste Futterroggen kaufen, wieder hergestellt werden, während bei reinem Gerstenbezug der Zoll auf 10 Mark pro Doppelzentner erhöht wird.

Zwar hatte die SPD an Stelle des 10-Mark-Zolls gerne einen niedrigeren Zoll durchgesetzt. Gegenüber dem allgemeinen 2-Mark-Zoll bedeutet aber die Wiederherstellung des 2-Mark-Zolls zweifellos eine wesentliche Verbesserung. Die Zollentlastung bringt der bäuerlichen Bereidungswirtschaft (Schweine- und Eierproduktion) eine Senkung ihrer Produktionskosten, bewahrt daher die städtische Bevölkerung vor Verteuerung von Fleisch und Eiern und bewirkt gleichzeitig eine zusätzliche Verfütterung der großen in Deutschland noch vorhandenen Roggenüberschüsse. Sie wird dadurch zu einer gewissen Erhöhung der Roggenpreise beitragen.

Das staatliche Maismonopol.

Eine weitere Maßnahme zur Stützung der Roggenpreise liegt in der Neuordnung der Maiserzeugung. In Stelle des bisher im Deutsch-Jugoslawischen Handelsvertrag festgelegten 250-Mark-Zolls für Futtermais soll ein staatliches Maismonopol treten, das ebenso die Möglichkeit bietet, allzu niedrige Maispreise, die sich auch wieder auf den Roggenpreis auswirken müssen, zu verhindern, wie auch bei Verringerung der Marktlage die bäuerliche Wirtschaft vor einer Überhöhung der Maispreise zu schützen. Außerdem ist die Einführung eines Maismonopols ein neuer wichtiger Schritt auf dem von der Sozialdemokratie für richtig erkannten Wege zur öffentlichen Bewirtschaftung und Preisregulierung des Getreides. Hiergegen rieten sich allerdings noch starke Widerstände in der Deutschen Volkspartei und bei den Demokraten.

Stärkerer Verbraucherschutz bei Weizen.

Beim Weizenzoll sieht das Regierungsprogramm eine Erhöhung des Zolls bis auf 12 Mark pro Doppelzentner vor, um den im Dezembergezeig festgelegten Richtpreis von 26 Mark pro Doppelzentner zu erreichen. Auch hier ist es für die Sozialdemokratie von größter Wichtigkeit, daß in das neue Gesetz für den Fall einer Verringerung der Weltmarkterhältnisse der Verbraucherschutz verstärkt wurde. Soll der Richtpreis von 26 Mark im Durchschnitt von vier Monaten überschritten werden, so ist die Regierung verpflichtet, den Weizenzoll zu senken, und zwar nicht nur, wie nach dem bisherigen Gesetz, auf 3,50 Mark pro Doppelzentner, sondern, falls dies notwendig wird, bis auf 1,50 Mark pro Doppelzentner.

Andere in den Gesetzentwürfen vorgesehene Maßnahmen, wie Einführung eines Kleinzolls, Verringerung des Mohl- und Malzolls, Erhöhung des Zolls für ohnehin im Arbeiterhaushalt nicht gelaupte Früchtartoffeln in der Zeit vom 15. Februar bis 1. April sind im Rahmen der Gesamtpläne von untergeordneter Bedeutung. Erwähnt muß nur noch werden, daß der bisher auf 8 Mark pro Doppelzentner starr festgesetzte Haferzoll nun auch in einen Gleitzoll von 4 bis 12 Mark umgewandelt werden soll.

Für ein letztes Produkt, den Zucker, ist eine Erhöhung des Zolls von 25 auf 32 Mark von den Regierungsparteien beschlossen worden, um der ausgesprochenen Dumpfingeinfuhr aus der Tschechoslowakei entgegenzutreten. Auf die Preisgestaltung des Zuckers hat diese Maßnahme keinen Einfluß, da der Zuckerpreis nicht durch den Zoll, sondern durch den gesetzlich festgelegten Höchstpreis bestimmt wird. Dieser Höchstpreis, an dessen Festlegung vor 14 Jahren auch die Sozialdemokratie unterzeichnet hat, ist gegen den Willen der SPD im Sommer letzten Jahres von den bürgerlichen Parteien erhöht worden. Es ist eine besondere Befriedigung für die Sozialdemokratie, daß sie ansich

lich der neuen Zuckerverordnung nach harten politischen Kämpfen eine

Herabsetzung des Zuckershöchstpreises um 1 Mark pro Doppelzentner

durchsetzen konnte. Für den Zuckerverbrauch bedeutet das eine Entlastung von 15 Millionen Mark im Jahr. Außerdem wird durch diese Maßnahme eine Übersteigerung der Zuckerproduktion, die zu großen Exportverlusten auf Kosten der deutschen Verbraucherschaft führen muß, eingedämmert.

Wenn auch die Sozialdemokratie den neuen Gesetzentwürfen durchaus nicht in allen Punkten freudig zustimmt, so kann doch gesagt werden, daß nicht nur ein verstärkter Schutz der Landwirtschaft vor Katastrophenspreisen gesichert und dadurch zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Kaufkraft für Industrieerzeugnisse beigetragen wird, sondern auch für die Verbraucherschaft und die bäuerliche Bereidungswirtschaft keine neue Belastung, teilweise sogar ausgesprochene Entlastung und Verbilligung der Produkte eintritt. Der übermäßige Schutz, insbesondere der Roggenpreise, hat sich freilich nicht in einer entsprechenden Senkung der Brotpreise für den Verbraucher ausgewirkt; eine Preisserhöhung trat bisher überhaupt noch nicht ein. Eine geringe Hebung der Getreidepreise wird sich daher gegenwärtig kaum in einer neuen Belastung der Verbraucher auswirken.

Antwort des ODL.

Die Betriebe der Deutschen Wirtschaftsbank.

Zu unserer Glasse „Bilanzkünstler ODL. — Die Kunst des Schweigens“ vom 18. März scheidet uns die dem Gewerkschaftsbund der Metallisten naheheichende Deutsche Wirtschaftsbank folgende Feststellungen, die wir gern zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen.

In der am Sonntag, dem 8. d. M., stattgefundenen Generalversammlung der Deutschen Wirtschaftsbank L. G. H. ist auf Verlangen der Presseberichterstatter von der Leitung der Bank mitgeteilt worden, daß die Belegstellungen bei den Firmen Sieben-Stöbe-Beleg- und Druckerei G. m. b. H., ODL-Buchvertrieb G. m. b. H. und R. Voll, Druckerei und Verlagbuchhandlung vom ODL erworben worden sind. Daraus geht hervor, daß weder die Wirtsbank bestand, noch ein Grund vorhanden war, diesen Tatbestand der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Die Deutsche Wirtschaftsbank L. G. H. hat ständig nur 8 Prozent Dividende verteilt, darüber hinaus aber größere Ueberschüsse erzielt, die sie jährlich den Rücklagen zuführt, so daß bei einem Aktienkapital von 350.000 Mark bereits 400.000 Mark Rücklagen vorhanden sind. Das in der vorigen erwähnte Beteiligungsgesamt betrifft ein Berliner Grundstück im Werte von einer Viertelmillion Mark, das bereits seit dem Jahre 1925 zwecks Verfertigung der Hülse Reformen auf 1 Mark abgekauft wurde. Etwa 90 Prozent des Aktienkapitals besitzt der ODL, der eine Kapitalerhöhung jederzeit vornehmen könnte, sofort sie notwendig wäre. Diese Notwendigkeit lag jedoch noch nicht vor. Die Deutsche Wirtschaftsbank hält sich von allen spekulativen Geschäften fern; sie gewährt nur Kredite gegen entsprechende Sicherheiten. Für die Sicherheit der Anlagen bei der Deutschen Wirtschaftsbank L. G. H. bürgt der ODL, die gleiche Gewähr wie die übrigen Gewerkschaften bei den von ihnen gegründeten Banken.

Somit die Antwort des ODL. Wir haben selbstverständlich die an uns gerichtete Zustift nur aus sachlichen Gesichtspunkten verfaßt. Es wäre sicher zweckmäßiger gewesen, wenn der ODL auch schon im Geschäfts-

bericht der Deutschen Wirtschaftsbank eine Mitteilung von der Uebernahme der Betriebe veranlaßt hätte. Das wäre um so nützlicher gewesen, als auch in der Zeitschrift des ODL noch am 16. März nichts anderes zu dieser Frage veröffentlicht wurde als der naive Bericht der Wirtschaftsbank, der den Uebergang der Betriebe verschweigt. Ueber die Verluste aus dem Fall Reichelien wird selber auch jetzt noch nichts gesagt. Was das Verhältnis von Eigenkapital und Einlagen anbelangt, wird ebenfalls kaum bestritten werden können, daß es, auch unter Einrechnung der Reserven, bank- und geschäftsmäßig recht niedrig erscheint.

Bessere Anleiheaussichten.

Deutsche Anleihen in New York bevorzugt.

Aus New York kommt die gute Nachricht, daß die deutschen, in Amerika ausgelegten Dollaranleihen ihre Kurse fast verbessert haben und jetzt in der ausgeprochenen Gunst der amerikanischen Kapitalgeber stehen. Der Kursverlust von 4 1/2 Proz. im vergangenen Katastrophensjahre ist durch einen Kursgewinn von über 5 1/2 Proz. wieder mehr als wettgemacht. Man rechnet allgemein mit einer halbjährigen Belebung der deutschen Anleiheaktivität in New York. Wir hoffen, daß der neue Reichsbankpräsident Dr. Luther dieser großen Chance zur entscheidenden Verbesserung der deutschen Kapitalmarkterhältnisse und der deutschen Wirtschaftslage jede Unterstützung angedeihen lassen wird.

Deutsch-polnische Handelskammer.

Errichtung einer Zweigstelle in Berlin.

Nachdem jetzt der Handelsvertrag mit Polen unterzeichnet ist, hat der im Mai 1927 gegründete Deutsch-Polnische Wirtschaftsbund in Breslau nach Zustimmung der maßgebenden Wirtschaftskreise seine Umwandlung in eine deutsch-polnische Handelskammer mit einer Zweigstelle in Berlin nachgeplant.

Dem Vorstand des bisherigen Wirtschaftsbundes gehören eine Reihe prominenter Vertreter der schlesischen und der sächsischen Industrie sowie des Großhandels und der Postwelt an. Vorsitzender ist der Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau und Mitglied des Reichswirtschaftsrates Dr. Grund. In der in Kürze einzuweisenden Generalversammlung soll über die Ausdehnung des Tätigkeitsbereiches der neuen Handelskammer Beschluß gefaßt werden. Der Vorstand wird durch Vertreter der Spitzenverbände und führende Persönlichkeiten aus dem Reich erweitert. Zweigstellen sind die neue Organisation, die auf mehrjähriger praktischer Erfahrung aufgebaut ist, zur Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland beitragen.

Weitere Feiertage auf der Thymen-Hütte. Die Berücksichtigung des Beschäftigungsgrades in der Montanindustrie hält an. So sind jetzt auch in der August-Thymen-Hütte, einem der Hauptbetriebe des Stahlwerks, eine Anzahl Feiertage eingelegt worden. Auf der Zeche Reumühl, die bereits vom 15. März 400 Bergarbeiter gekündigt hat, ist gleichfalls in den „Auer-Lage“- und „Auer-Lage“-Betrieben eine neue Feiertage angelegt worden.

Bereinigte Schuhfabriken Bernis-Bessels streuen Dividendenzahlung ein. Die große Nürnberger Schuhfabrik Bernis-Bessels, die in ihren Nürnberger und Augsburg-Betrieben über 2000 Mann Beschäftigte beschäftigt, weist für 1929 einen von 470.000 auf 81.000 Mark reinen Reingewinn auf. Die Abschreibungen sind aber trotz des verbleibenden Ergebnisses von 220.000 auf 230.000 Mark heraufgesetzt worden. Während in den letzten beiden Jahren je 6 Proz. Dividende gezahlt wurden, werden diesmal keine Aktionärsdividenden ausgeschüttet.

Stabile Dresdner Bank.

Auch bei der 10prozentigen Dividende. — Schief liegende Wirtschaftskritik.

Im Gegensatz zur Commerz- und Privatbank führt man sich bei Geschäftsbericht und Bilanz der Dresdner Bank für 1929 auf festerem, fast möchte man sagen gepflegterem Boden. Die Angliederung der Nebank für Handel und Gewerbe — aus Hugenbergs politischem Bereich mit der angenehmen Beigabe preußischer Staatsgarantie — war keine große Angelegenheit, sonstige starke Ausdehnungen hat die Dresdner Bank nicht vorgenommen, so daß der Vorjahresvergleich möglich ist. Wahrscheinlich kann man von einer Preissteigerung bei der Dresdner Bank weniger sprechen als bei der Commerz- und Privatbank. Eine Refinanzierung war ohne Rücksicht auf stille Reserven der Vorjahre nicht möglich, weshalb sie unterblieb. Man wird annehmen dürfen, daß die laufenden Einnahmen angeht, das völlig stagnierenden Börsengeschäfts auch bei der Dresdner Bank zur Not ausgereicht haben, um neben der Vorjahresdividende die laufenden Verluste aus dem ungünstigen letzten Bankjahr gerade zu decken.

Ein Glanzjahr war 1929 auch für die Dresdner Bank nicht.

Die Bilanz zeigt noch eine relative starke Zunahme. Die fremden Gelder sind noch um 163 auf 2275 Millionen angewachsen. Auf der Aktivseite haben sich die Rechtsbestände — freilich mehr durch Zunahme öffentlicher Schuldwechsel — um 55 auf 563 Millionen erhöht, die Rückläufe auf lagernde und schwimmende Waren konnten um 18 auf 397 Millionen steigen, und in laufender Rechnung vermehrten sich die Forderungen um 135 auf 1063 Millionen Mark. Auf beiden Seiten der Bilanz dürfte die Kreditbeschaffung für öffentliche Körperschaften nicht unerheblich zur Vermehrung der Geschäfte beigetragen haben, für deren äußere Steigerung auch die Erhöhung der Bilanzsumme von 2,35 auf 2,51 Milliarden zeugt. Das miserable Börsengeschäft kommt in der Halbierung der Börsen- und Bankdarlehen zum Ausdruck, die von 114 auf 57 Millionen gesunken sind, aber auch in der Zunahme der eigenen Wertpapiere, wo die Kursstützung für nahegelegene Unternehmungen den Bestand von 2,9 auf 4,4 Millionen erhöht hat.

Obwohl kein Zweifel darüber ist, daß die deutschen Banken nicht nur ihre öffentlichen, sondern auch ihre privaten Schuldner bei Kreditgewährungen immer noch sehr hoch nehmen, zeigt die Dresdner Bank trotz einer Umsatzsteigerung von 225 auf 248 Milliarden im ganzen rückgängige Einnahmen. Der Steigerung der Zinseinnahmen um 1,3 auf 37,8 Millionen und den um 0,4 Millionen gestiegenen Beteiligungsgewinnen steht ein Rückgang der Provisionseinnahmen um 2,2 auf 37,7 Millionen gegenüber. Die gesamten Sonstigen und Verwaltungskosten stiegen von 55,0 auf 56,8 Millionen. Die Erhaltung konnte durch den Rückgang der Zinszahlungen von 7,5 auf 7,2 Millionen nicht wettgemacht werden. So werden statt 13,4 Millionen Reingewinn im Vorjahr nur 11,4 Millionen ausgewiesen, aus

dem die Aktionäre 10 Proz. auf das 100-Millionen-Kapital erhalten. Auch bei der Dresdner Bank hat

das Personal zur Aufbringung der Dividende

trotz der 23 Milliarden Umsatzsteigerung und der Vermehrung der Konten von 280.000 auf 338.000 wieder Haare lassen müssen; das Personal wurde weiter von 5357 auf 8020 Personen abgebaut, so daß wahrlich kein Anlaß besteht, über die leichte Verbesserung der Bezüge im letzten Jahr zu sagen, wie es auch die Dresdner Bank tut.

Bekanntlich ist, daß auch die bei der Konjunkturanalyse jetzt in stielige Dresdner Bank nur eine dem Grundsatz der Durchschnittsunternehmer Rechnung tragende Kritik der Wirtschaftslage zustande bringt. Die Konjunkturverschlechterung definiert sie als plötzliche Ausbreitung eines bisher mehr oder weniger latenten wirtschaftlichen Krankheitsherdes, für den sie im alten Unternehmerjargon die „verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik“ verantwortlich macht, die zur Steuerzahlung aus der Substanz gezwungen habe. Wir halten eine solche Darstellung für unehrlich und auch der Dresdner Bank für unwürdig, und zwar deshalb, weil man nicht dazu vorbeigehen darf, daß die seit 1926 durchgeführte Rationalisierung durch die unzulängliche Preislenkung — besonders bei Rohpreisen und agrarwirtschaftlichen Produktionsmitteln — verfehlt ist, und daß das hohe Niveau des deutschen Kapitalismus sich aus der unünftigen offiziellen Auslandsanleihepolitik mindestens ebenso erklärt wie aus der durch die künstlich gesteigerten Höhe der öffentlichen schwappenden Schuld. Weil so wichtige

Ursachen der gegenwärtigen Konjunkturrechtschöpfung verschwiegen

werden, läßt sich leider auch mit der Dresdner Bank über die Mittel zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage nicht diskutieren, die die Dresdner Bank allein in der einseitigen Konsumbestreuerung zu verstärkter Kapitalbildung erblickt. Recht interessant und sehr zu halten ist eine Bemerkung über die Arbeitslosenverteilung: „In einer Wirtschaft mit starker Kapitalbildung und reichlichen Betriebsmitteln wird in einer Krise eine Arbeitslosenunterstützung unter Umständen einen gewissen Ausgleich für Konjunkturschwankungen bilden, weil durch die finanzielle Alimentierung der Arbeitslosen ein plötzlicher göttlicher Ausfall dieser Kreise auch in der Nachfrage nach Verbrauchsgütern vermindert und die Befriedigung dadurch gemildert werden kann.“ In diesen Worten liegt eine erstaunliche Anerkennung der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Arbeitslosenunterstützung unter Konjunkturrechtlichen Gesichtspunkten, die auch die Arbeiterklasse gerne zur Kenntnis nimmt.

Adrienne Lecouvreur Zu ihrem 200. Todesstag am 20. März

Georg Brandes schreibt über Adrienne Lecouvreur: „Es kommt einem heutzutage vor, als sei die ganze Rechtfertigung des vorrevolutionären Frankreichs in Adriennes Schicksal zusammengeknüpft.“ Céleste Sorel, das hochverehrte Mitglied der Comédie française, verfasste ein Buch der Rechtfertigung für ihre große Kollegin aus dem 18. Jahrhundert; in ihm heißt es: „Das ganze Leben der Adrienne Lecouvreur war ein Leiden. War ein ungeheurer, nie aufgehender Schmerz. Adrienne Lecouvreur wurde nur die große Künstlerin, da sie so große Schmerzen erdulden mußte.“ In Sarah Bernhard, in Eleonore Duse, in Uccia Sorel, in Aisa Rielsen lebt Adrienne fort als Schauspielerin des Schmerzes. — Scribe und Beaumarchais lassen in ihrem sentimentalen Kriminalstück „Adrienne Lecouvreur“ die große Darstellerin nach einem nicht mehr überbietbaren Erfolge sagen: „Ich habe nicht immer das Glück, so gut zu leiden wie heute.“ Voltaire wurde beinahe verbannt um der Worte willen: „Sie hat die Welt bezaußert, und Ihr trost sie dafür!“ Es ist kein billiger Gedenktagskursus, nach 200 Jahren wieder mit Voltaire bei der Sterbenden zu stehen und zu wissen, daß dieses vergehende Gesicht einer kleinen, stillen Frau wie das Antlitz der Menschheit war.

In einem verfallenen Winkel wuchs sie auf. Der liederliche Hutmacher Courcour, ihr Vater, hockte den ganzen Tag blödsinnig in einer Stubenocke und grübelte unständliche Lieder. Einmal stieß er das ganze Zimmer in Brand. Die Schwester quälte die kleine Adrienne mit Bosheit, Säugern und Eifersucht. Die Mutter prügelte die beiden Mädchen. Adrienne flüchtete dann und wann in die Nachbarschaft zu einem Spezereihändler und schaffte sich dort ihre eigene Welt: Theater mit Kindern. Was wußte Adrienne vom Theater? Sie wollte eine andere Wirklichkeit. „Polignets“ wird von der Truppe Adrienne aufgeführt. Es spricht sich herum. Die Frau Parlamentspräsidentin läßt sich in ihrem Hause vorspielen — wieder und wieder. Immer mehr Menschen kommen und sagen es weiter, bleiben vom Theater weg und hören und sehen der kleinen Adrienne zu. Die Comédie française reißt Klage in dem wegen Geschäftsschädigung. Fräulein Theaterdirektorin und Hauptdarstellerin erhält Spielverbot. Aber der Polizeipräsident selbst wünscht Adrienne noch einmal zu sehen. Das Verbot wird aufgehoben, der Großprior von Vendôme stellt Räume des Temples zur Verfügung. Adrienne wird elegantes Spielzeug. Sie will künstlerische Arbeit. Ihre Tante wußt für den Schauspieler Le Grand. Durch ihn bekommt Adrienne ein Engagement nach Vize. Zwischen Theater und trübseligem Logis mit Vater und Schwester: die erste Liebe. Ein Baron G. oder D. Er stirbt. Neue Engagements in Lunéville und Straßburg, in Metz und Verdun.

Adrienne wird zum erstenmal Mutter. Der Viehhändler verfährt sie. Sie hat jetzt 2000 Franken Gage. Vater, Schwester, Tochter leben von ihr; auch ihr veräußertes Kollege Gaston. Sie kommt durch ihn nun selbst in Schulden. Der junge Graf Allouin hat Geld, und eine so unbelastete, vergnügliche Art, die einen so jungen, so müden Menschen wie Adrienne direkt mitreißt. Adrienne ist nur noch mit dieser einen großen Liebe zu dem Vater ihres zweiten Kindes beschäftigt, auch als er sie längst wieder verlassen hat. Adrienne verkümmert in der Zeit dieser Erschütterungen ihre Konnexionen und Prozektionen. Es war alles wie heute. Mit der Liebe und dem Geschäft. Aber am 14. Mai 1717 bedauert das fünf- und zwanzigjährige Fräulein Adrienne Lecouvreur an der Comédie française! Alle zwei Tage tritt sie auf. Die Diener im Salon Lecouvreur melden: „Der Herzog von Richelieu! Der Marschall von

Begault! Die Herzogin von Maine!“ Man reißt sich um die eleganteste Frau der Zeit. Madame verfügt über 300 000 Pfund Vermögen. In ihrer weißen Bibliothek wird ihr Voltaire vorgestellt. Als sie sich begegneten — elegant, gewandt, lebhaft, halb konventionell und halb herzlich —, war es, als sähen Adam und Eva der Legende sich an. Aber Liebe, Liebe gibt es nur mit dem jungen Grafen d'Allouin. „Er ist ein Engel“, sagt Madame, und läßt Madame mit dem Knaben allein. Damit aus dem Knaben ein Mann wird (wie das die Karriere so verlangt), muß Adrienne den kleinen d'Allouin von sich lösen.

Adrienne ist die erste Schauspielerin Frankreichs, die bewußte Vorkämpferin ihres Standes, die trotz des von ihr geübten Zaubers Gleichstellung mit den distinguiertesten Damen erreicht hatte. Die Jahre nach dem Abschied von d'Allouin gehören nur der Kunst. Die Bühne ist für Adrienne nicht mehr das Reich der Illusion. Sie will sie zum Bilderdach der Geschichte, zum Spiegel der Zeit, zum Forum der Menschlichkeit gestalten. Der Schauspieler ist ihr der gesammelte Kosmos aller. Sie will die Sprache des Tages reden, will wie alle lachen und weinen. Sie registrierte nicht, sie sprach.

Adrienne spielt, probt, fährt zur Visite, hat Gäste. Nur der Körper ist ein wenig schwach. Sie lernt, sie betätigt sich mit Schneiden und Friseurern und erzieht einen gewissen Korkiz von Sachen. Alles, was roh an ihm ist, will sie edel machen. Er betrügt sie viel und hat nie Geld. Die Lecouvreur verkauft ihre Wägen, ihren Schmuck. Sie finanziert ihn als Herzog von Kurstant, obwohl das Heen Lebensinteressen doch gerade zurechtsezt. Worin kam nach Jahren als armer Abenteuerer zu Adrienne zurück. Die große Amoureuse Lecouvreur hatte still auf ihn gewartet und hielt neues Geld für ihn bereit. Aber erst nach ihrem Tode wurde ihr Geliebter einer der berühmtesten Feldherren seines Jahrhunderts. In diesen ihren grauenvollen Tod war er vielleicht ein wenig beteiligt. In Verbindung mit einer seiner anderen Freundinnen, der Herzogin von Bouillon. Es gab eine romantische Verschönerung mit maskierten Herren und einem bußfertigen Abbé, heimlichen Büllis und verfluchten Giftpostillen. Schulmädchens würdig. Die Herzogin macht sich kein Gewissen daraus, eine Frau, die dem braven Volk entkamme, aus dem Wege zu räumen, und hat um so weniger Bedenken, als dieses Kind des Volkes dem von der Kirche verdamnten Schauspielerstand angehört. Die Herzogin von Bouillon merkt nichts davon, daß Korkiz von Sachen in Wahrheit in den Händen einer kleinen, losen Sänglerin ist.

Nur Voltaire war bei der sterbenden Adrienne. Am 13. März 1730 hatte sie noch die Jofaste in seinem „Dezire“ gespielt. Nach der Vorstellung zeigte sich die ersten Vergiftungserscheinungen. Am 20. März hörte Voltaire ihre letzten Worte. Der Verstorbene verweigerte man Zeichenbegangnis und Grab. Man hatte einen wunderbaren Grund gefunden. Der Pfarrer von St. Sulpice hatte Adrienne vor dem Tode mit größtem Eifer aufgefordert, Reue über ihre Lebensstellung auszusprechen. Sie war zur „Reue über das Vergnügen, das ihr Beruf mit sich führte“, nicht zu bewegen. Die Leiche wurde nicht einmal auf eine Bahre gelegt, sondern um Mitternacht in eine alte Froschle gebracht, nur von einer Kutsche Postkutschen begleitet und von zwei Postträgern auf einem alten Saupflug verpackt. Der fassungslos Voltaire hatte die Leiche sehtoren lassen. Um eine erneute Zeichenschau zu vermeiden, wurde der Leichnam der Adrienne Lecouvreur mit frischem Kalk überschüttet, wie später der tote Voltaire. Jochen Klepper.

Draußen tanzt ein arabischer Jahrmart. Vor Caféhäusern aus Lumpen lagern Kolbäre, Kamele, Esel und ägyptische Polizisten durcheinander. Kinder balgen sich um Tabakstummel. Frauen tragen mehr Kisten auf dem Kopf — als mancher europäischer Akademiker imwendig. Auf den Dächern liegen die Misthaufen, und süßner scharren durch die Deste den Muslim in den Schlaf. In den Süßwasserkanälen weiden Herden und Barken legen Karawanen über.

In Ketten schauelt eine Sträfllingskompagnie zwischen großen Blissen. Und der Aufseher improvisiert mit der Rißerpeitsche pfeifende Hiebe durch die gestochte Luft.

Ein Sacke taumt auf die Idee — im Waschraum Extriktion zu suchen. Wasser rann — aber es dampfte wie Teesaufguss.

Man reißt sich mit Zitronenschale die Stirne, verschwendet die letzten Reste köstlichen Wasser.

Nichts hilft. Der Durst ist überlebensgroß in allen Coupes und verwendet die Reisenden als Düststoff. Und zum erstenmal im Leben bekommt man Einführung in das Gefühlsleben eines Straßkollens.

Im Süden steigt das Roffadangebirge in die Schmorpfanne des Himmels hinauf. Die Straßen werden zu Labentischen. Die Mäuler der Dromedare heben sich und ahnen die Ställe. Im Kessel liegt, von zwei Wüsten garniert — Kairo, die Stadt ohne Wetterbericht.

Juden werden zu Belzmützel, Strohhüte wandeln sich auf dem Kopf in Stahlhelme.

Amsthaniggeß leuchten die Besichter der Fahrgäste Port Seid — Sa. so und spiegeln eine Miniaturwüste.

Eilig fahren Damenhände in ihre Handtaschen, um sich eine frischrote Nase um den Mund zu streichen.

Aber — während der Fahrt waren die Sippenstöße geschmolzen. Und lagen wie zerkaufene Bierfruchtarmmelade am Boden.

Spazierfahren Unter den Linden sind ein ander Ding — und einmal ist's auch schön, wenn Ränge statt zwischen Lippen — an zwei sitzenden Erdteilen vorbei zerfließt.

Wie soll das neue Berliner Museum heißen?

Wie sollen die neuen Museumsbauten genannt werden, die sich zwischen dem Kaiser-Friedrich-Museum, der Nationalgalerie und dem Neuen Museum auf der Berliner Museumsinsel erheben und demnächst eröffnet werden sollen? Diese Frage wird der Generaldirektor der Museen Wilhelm Bacholdt in einem Aufsatz des „Kunstwörterers“ auf, in dem er sich zugleich mit dem Wirtwart der Museumsnamen überhaupt beschäftigt. Die Bezeichnung eines Museums gibt ja in den seltensten Fällen das Wichtigste an, nämlich seinen Inhalt. Meist hängt der Name mit irgendwelchen äußeren Beziehungen zusammen. Freilich hat es noch keinem Museum ernstlich geschadet, wenn es einen nichtsehbenden Namen trug, und auch die schönste Benennung kann keinem Museum zu Ruhm und Besuch verhelfen, wenn es keine innere Bedeutung besitzt. Aber da nun einmal Museen wie Kinder einen Namen kriegen müssen, so steht man jetzt auch bei den Neubauten vor der großen Frage der Namenswahl. Unter den bestehenden Berliner Museen kann das Alte Museum insofern seinen Namen rechtfertigen, weil der Schinkel-Bau nicht nur Preußens ältestes Museum ist, sondern auch seit drei Jahrzehnten nur Werke alter Kunst birgt. Sehr irreführend aber ist die Bezeichnung Neues Museum, das so als Ergänzungsbau zum Alten Museum genannt wurde, aber mit neuer Kunst kaum irgendwelche Beziehungen hat. Noch schlimmer ist es bei dem ehemaligen „Kunstgenossenschaftsmuseum“, das überhaupt kein Kunstgewerbe mehr enthält. Die Neubauten auf der Museumsinsel zeigen zwei Flügel und einen verbindenden Querbau. Der Nordflügel, der die deutschen Werke der Plastik und Malerei von der Bismarckdenkmalzeit bis zum Rokoko enthält, wird als „Deutsches Museum“ — ein bezeichnendes und einprägsames Namen führen. Der Querbau, der in der Mitte den gewaltigen Pergamonsockel und in den benachbarten Sälen das Museum antiker Architektur umschließt, erhält mangels den Titel Pergamonmuseum, und wenn man den Südflügel der Neubauten als Vorderstadisches Museum ansprechen wollte, so fände das seinen Grund darin, daß im Erdgeschloß die Altentümer aus Babylon, Assur usw., im Obergeschloß die islamische Kunstabteilung unterbracht sind. Wählt sich so die Laufe der einzelnen Teile befriedigend lösen, so ist das bei dem Gesamtanliegen nicht der Fall. Von der östlichen Lage ausgehend, kann man an „Inselmuseum“ (auf der Museumsinsel denken oder an „Forummuseum“, weil es um den Forum genannten Ehrenhof liegt oder an „Citiumuseum“ wegen der Lage im Kern der Stadt. Man hat auch an die Namen „Substanzmuseum“ oder „Jahrhundertmuseum“ gedacht im Zusammenhang mit dem Jahrhundertjubiläum der Berliner Museen. Aber keine dieser Bezeichnungen befriedigt, und so bleibt die Frage: Wie soll das neue Museum heißen?

Tom transneptunischen Planeten

Die amerikanischen Zeitungen enthalten weiter spaltenlange Schilderungen von der Auffindung des neuen, des sogenannten transneptunischen Planeten durch das Lowell-Observatorium in Flagstaff und erörtern eingehend die Theorien, die sich an diese Entdeckung knüpfen. Nach der Ansicht der Leiter des Lowell-Observatoriums wird es allerdings Monate dauern, bis man sich auf Grund der Beobachtungen, die man jetzt mit den mächtigsten Fernrohren der Welt anstellen wird, ein einigermaßen zuverlässiges Bild von dem Planeten machen kann. Denn dieser erscheint dem Auge auch in diesen Fernrohren nur als winziges Sternchen. Nach Ansicht der Astronomen muß der Planet von riesigen Ozeanen, wenn man so sagen darf, bestehend aus flüssiger Luft umgeben sein. Auf jeden Fall glauben sie, daß der neue Planet noch tiefere Temperaturen als der Neptun aufweist, wo nach ihren Schätzungen die Temperatur so niedrig ist, daß das Sauerstoffgas einen festen Körper und der Sauerstoff zumindest eine dicke Wolke bildet. Infolge der riesigen Entfernung von der Sonne, die mit etwa 5 Milliarden Kilometer angenommen wird, dürfte auf dem neuen Planeten das Tageslicht, das von der Sonne ausgeht, für unsere Begriffe nur etwa die Stärke unseres Mondlichts haben. Die Größe des Planeten legt man der Erde gleich, seine Umlaufgeschwindigkeit nimmt man mit zwei Wochen in der Stunde an, gegenüber 19 Wochen bei der Erde. Dementsprechend und in Betracht der großen Entfernung von der Sonne ergibt sich auch eine sehr lange Dauer für eine Umdrehung um die Sonne — das Jahr auf dem transneptunischen Planeten dauert etwa 330 Erdjahre. Die Verankerung des Standorts des Planeten am Himmel macht demnach für das menschliche Auge während eines Jahres nicht mehr als etwa zwei Mondörter aus.

E. Hoferichter: Zwischen zwei Erdteilen

Singend schauelt der Lumpenmann im Delwasser um die Wände der Ozeantisten.

Mitro trillert so sein Morgenlied und in den Bursakabinen erwachen die Puderquasten.

Unterhosen, Büstenhalter, Bauchbinden und Flackstrümpfe fliegen aus den Ballungen, und dem schwimmenden Lumpenmannser von Port Said werden sie zu süßernen Sternschnuppen, die er mit Schotoladenhänden aus dem Wasser fischt.

Jetzt zieht er ein Berliner Zeitungsbüchlein in seinen Kahn, wo Inzenturauferläufe, Todesanzeigen, Angorastater zugelassen und ehrlich gemeint im Sonnenbad Afrikas die letzten Reste ihres Zwedes wie eine Seele aufgeben.

Weiß und weich, wie eine ausgedrückte Zahnpasta, schiebt sich der Suezepfropf an den Hasen.

In den Barteräumen gibt es statt Stühlen nur Fliegen. Der Saal schmet von Heuschreckenschwärmen bis auf die vier Wände hoch gefressen zu sein.

Durchs Coupfenster glüht der Suezkanal wie die Röhre eines Unteroffiziers. Wüste und Meer schieben sich im Wenzalesee ineinander.

Der Zug rast sich in fieberndes Tempo hinein und noch immer hängen Feshändler, Zauberer mit allen Fingern voll Gischfängen an den Waggontüren, gleichen Wasserverkäufer Limonaden durchs Fenster in die Tropenheime der Reisenden.

Stationen lang rollen Zwiebel . . . Zwiebel . . . Zwiebel in Güterwagen vorbei. Zur Vinken ist mit dem Vinsal der Suez in übermenschlicher Einformigkeit am Geseise entlanggezogen. Und das ewig Grablinde läßt erst das Wunderwerk dieses Treumungsreiches zweier Erdteile ahnen. Hier kann man vom Waggontenstier aus — leere Konservendbüchsen von Birita nach Asien schlüßern. Und in drei Sekunden sind zwei Ketten überworfen. Auf der Kettasteile badet ein Baggerarbeiter — und drüben in Asien liegt ihm Hemd und Hofe . . .

Der Staatenallas des ganzen Globus zieht, auf die Masten der Schiffe getupft, im Kanal vorüber. Auf einem kleinen Fracht-dampfer hängt die Frau Kapitan Kinderwäse in die ägyptische Sonne und die gleiche Wärme, die einst die königlichen Weiber von dreißig Dynastien austrocknete, strahlt jetzt über das baumwollene „Kamas Liebling“. Von einem englischen Steamer her weht der Geruch von Bessemerstahl, wozu ein Sapphonbläser am Achterdeck seine Worgenanndacht in die Wüste mlat.

Auf den arabischen Bahnhöfen wartet am Barron die Nige. Vereinzelt hocken Fellschenderer im Wüstenland herum. Ueber ihre schräge Armfeligkeit weiden die Palmen als Janfaren höcht

königlicher Ueberhebung. Und kein Auge wäre verwundert, wenn in ihren Gezweigen Englands Fliegen wehen würden.

Aus dem Suezschiff singen Vögel die Kobartlieder der Wüste. Kanäle biegen hart an die Bahn her. Und jetzt glaubt man, die Schiffe im Kanal schwimmen im Sande hin. Das Wasser Gefess ist verjunkt — beide Erdteile zu seiner Rechten und Linken liegen als einziges, unerschnittenes gelbes Tischuch da, durch das die Schiffe in des Auges Täuschung wie Autos auf staubigen Straßen fahren.

Am Horizont wechseln die Wüsten ihre Farben. Blendendes Weiß steigt auf, schreiendes Rot flutet dazwischen, Gelb überwältigt alles.

Der Südwind schlägt als Brandung die ersten Sandwellen durch die geschlossenen Fenster. Die Holzgastellen laufen herab. Aber im Abseil wirbelt der Staub. Jeder Witz der Jahre trittsch auf Sand. Und das Erlebnis der Wüste beginnt mit dem Gefühl — jetzt sind dir alle Nomben ausgefallen . . .

Europäische Kinderfräulein fühlen unbewußt den Antrieb — ihre Kleinen mit Kübeln und Schaufeln zum Buddeln in diesen größten Sandspielplatz der Erde zu schicken.

Ein Herr meines Hotells konfrontiert die Wüstenlandschaft mit den bisher gesehenen Abbildungen auf Nigorettenfachkeln und nicht befriedigt: „Stimmt“ . . .

Lumpenschirmhülle schimmert das giftige Grün der ersten winzigen Dafen auf. Palmenwälder rauschen. Schalten breiten über Wasserräder die Hände aus. Kanäle ziehen die Minutenzeiger im Kreise und schöpfen Fruchtbarkeit in die Felber, die England erntet.

Da reitet ein Muselman mit geschultertem Sonnenschirm und Dattelkerne im Munde am Bahndamm entlang und seine Fersen ziehen Gefesse in den Staub der Landstraße. Und dort unter diesem Raubbach rasten Mann und Weib mit ihrem Kind — und wenn wir zweitausend Jahre eher vorübergefahren wären, müßten es Maria und Josef mit dem Jesuskind gewesen sein — auf der Flucht nach Ägypten. Weihnachtskrippen bei 32 Grad Celsius . . .

Wie Telegraphendrähte durchschneiden die stielige Luft — die Gebete, die von den Minarets der Dorfmoscheen herab gen Mekka ziehen. In die Furchen der Acker sind gläubige Weiber geworden und das Lob Allahs blüht hunderttausendfältig daraus hervor.

In den Gängen der Pullmannwaggons riecht es nach Drangen und Pfefferminz. Unbemerklich flieg der Durst mit ein — und von Station zu Station macht er sich breiter und beschäftigt sogar die Ladies in 1. Klasse.

Immer näher scheinen die Städte gegen die überhöhte Lokomotive vorzurücken. Alle Herren sitzen in Hofenträgern. Die Damen fächeln mit Journales. Köpfig Kilometer fliegen vorüber . . .

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerstag, 20. 3.
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 10-11. 1. u. 2. 11. 77
 20 Uhr
Der Postillon v. Lonjumeau
 Ende 22 1/2 Uhr

Donnerstag, 20. 3.
Städt. Oper
 Bismarckstr.
 Turnus II
 20 Uhr
Bohème
 Ende geg. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
 im Platz der Republik
 R.-S. 34
 20 Uhr
Die heimliche Ehe
 Ende geg. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schauspiel
 an Seidenstrasse
 St. R. 3. D. 8. 6.
 Jahres-Ab.-V. 8. 6.
 20 Uhr
Candida
 Ende geg. 22 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.
 20 Uhr
Florian Geyer
 Ende 22 1/2 Uhr

SCALA
 Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. 83 Rath. 9236
 Pr. 1-8 M. Wechentg. 3 U. 30 Pl.-S M.
Gastspiel Erich Carow
 und weitere 8 International. Afrika noch

DAZA
 Tägl. 5 u. 8 1/2
 Sonntag 2, 3 u. 8 1/2
 Alex. E. 4, 8066

INTERNAT. VARIETE
GROSSES SCHAUSPIELHAUS
 8 Uhr:
Nur noch 42 Vorstellungen!
3 Musketiere
 Regie: ERIK CHARELL.
 3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

CASINO-THEATER
 Lohrstr. 37.
 Wieder ein neuer Schlager
Der wahre Jakob
 Mährischer Hellenkeller-Erfolg
 Dazu ein exkl. buntes Programm
 Quitschein für 1-4 Personen
 Paquet für 1.25 M., Saal 1.75 M.
 Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Komische Oper
 Friedrichstr. 104.
 Merkur 1401/4330.
 Tägl. 8 1/2 Uhr
Hulla di Bulla
 Schwank von Arnold und Bach
 mit Guido Thielscher,
 Schütz, Schmitt, Jürg. Hildebrand, Waller
 Raab, Fink, Behmer, Wassak

Lustspielhaus
 Friedrichstr. 236.
 Bergmann 2922/23.
 Tägl. 8 1/2 Uhr
Liebe auf den zweiten Blick.
 Kiemann - Haack.
 Vorverkauf in beiden Häusern ab
 10 Uhr ununterbrochen.

Operettenhaus
 Alte Jakobstr. 36/32
 (Central-Theater)
 Tägl. 8 1/2 Uhr
Die Fledermaus
 mit Oustav Matzner
 Preise 1, 2, 3 M.

Lessing-Theater
 Weidenstr. 171 u. 184
 Heute geschlossen.
 Freitag 7 1/2 Uhr
 Premiere
Hans Danje L.

Residenz-Theater
 Königl. Leitung
 Gaston Bréan
 Tägl. 8 1/2 Uhr
 Sonntag 4 Uhr
Eisricke
 Handl. H. H. H. Pr.

Nur noch 4 Tage!
SARRASANI
 Donnerstag:
7 1/2 Uhr
Gr. Vorstellung
 zu Beginn:
Glanzvolle Parade der 37 Nationen!

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Sonntag nachm. 2
 Das herrliche März-Programm der
„Stettiner“
 113 1111 11 11 11 11
 Zentrum 11263
 Dönhoff-Brattl
 Variet., Gesang, Tanz,
 Konzert.

Volksbühne
 Theater am Bülowplatz.
 8 Uhr
Das Gerücht
 Komödie
 in 14 Bildern
 v. C. K. Munro
 Regie: K. H. Karthe

Staatl. Schiller-Th.
 8 Uhr
Florian Geyer

Deutsches Theater
 D 2 Weidenstr. 5201
 Tägl. 8 1/2 Uhr
Der Kaiser v. Amerika
 von Bernard Shaw
 Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele
 D 2 Weidenstr. 5201
 8 1/2 Uhr
Die liebe Feindin
 Komödie von A. P. Schöner
 Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
 11 Bismck. 2414/7511
 8 1/2 Uhr
Die Kreatur
 Schauspiel von Fed. Brückner
 Regie: Max Reinhardt

Berliner Theater
 Dönhoff 170
 8 Uhr
 Ende 10 1/2 Uhr
„Eins, zwei, drei“
 von Franz Molnar
 mit Max Peckham
 Regie: Ernst Hartung
 Vorl.:
sooper
 Regie: Heinz Hilpert.

Theater d. Westens
 Tägl. 8 1/2 Uhr
Hotel Stadt Lemberg
 Musik von Gilbert
 Leo Schützendorfer
 Lichtenstein, Carole

Kleines Theat.
 Merkur 1424
 Tägl. 8 10 Uhr
Madame hat Ausgang
 Erika von Teilmann
 Paul Hörbiger
 Hermann Schaub
 Lwowski, Braut

Th. u. K. Koth. Tor
 Koth. Str. 6
 Tägl. 8 1/2 Uhr
 auch Sonnt.
 nachm. 3 U.
Elite-Sänger.
 8 Trompeten
 nicht-s. Überland
 März-Programm!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsmitglied!
 Am Freitag, dem 31. März 1930: Reine
 Sitzung des Reichsausschusses.
 Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.
 Die in der Zeit vom
 1. Januar bis 31. März
 1929 verliehenen Pfländer sind
 veräußert worden. Ueber-
 schüsse sind bis zum 19. De-
 zember 1930 abzugeben.
 Staatliches Leihamt.

Rotationsvervielfältiger 25 Mk.
 nur Köhler & Bumbloh, Friedrichstr. 48.

Theater L. d. Behrenstr. 53-54
 A 4 Zentrum 926-927
 Direktion Ralph Arthur Roberts
 8 1/2 Uhr
... Vater selb, dagegen sehr
 Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

300 Millionen RM.
 wandern jährlich für Eier ins Ausland!

Fordert deutsche frisch-Eier!

Deutsche Frisch-Eier tragen den Adler-Stempel



REICHAUSSCHUSS FÜR GEFÜGEL UND EIERVERWERTUNG

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft
 Hamburg - Berlin

60. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1929

Im Verlauf des Jahres 1929 war das deutsche Bankgewerbe wiederholt vor die Lösung überaus schwieriger Aufgaben gestellt. In den ersten Monaten des Jahres verursachte der unübersichtbare Gang der Pariser Verhandlungen eine wachsende Unsicherheit. Starke Gold- und Devisenabflüsse aus der Reichsbank, Kapitalabwanderungen ins Ausland und im Zusammenhang damit Kreditbeschränkungen des Zentralnoteninstituts waren die Folgen. Dazu kam eine erhebliche Versteifung der internationalen Geldsätze. Besonders in New York hatte der seit langem ununterbrochen andauernde Konjunkturaufschwung der amerikanischen Wirtschaft eine Börsenhausse und einen Geldbedarf gezeitigt, die nicht ohne Rückwirkung auf die europäischen Geldmärkte bleiben konnten. Erst der Zusammenbruch der New-Yorker Haussebewegung in den Monaten Oktober und November brachte auch in Europa eine Erleichterung der Geldverhältnisse, die seitdem anhält und der Reichsbank wieder eine fortlaufende Kräftigung ihres Status ermöglichte.

Die deutsche Wirtschaft hatte unter diesen unsicheren Verhältnissen sehr zu leiden. Geldknappheit, hohe Zinssätze, der immer stärker werdende Druck der öffentlichen Lasten und die rückläufige Preisbewegung auf den meisten Rohstoffmärkten stellten auch gesunde Unternehmungen vor große Schwierigkeiten. Die nach wie vor unbefriedigende Lage der deutschen Landwirtschaft wurde durch die internationale Agrarkrise erheblich verschärft. Zahlreiche Zahlungseinstellungen waren deshalb unvermeidlich, wenn auch die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit sich in diesen Zeiten als stark und widerstandsfähig erwies. Das gilt insbesondere vom deutschen Bankgewerbe, das in erster Linie die Folgen der allgemeinen Depression auszuhalten hatte.

Ein wenig erfreuliches Kapitel bildete im abgelaufenen Jahr der Zustand der öffentlichen Finanzen. Reich, Länder und Gemeinden trieben seit langem eine Ausgabepolitik, die auf den beschränkten deutschen Kapitalmarkt nicht die geringste Rücksicht nahm. Dieses System führte im Berichtsjahr wiederholt an kritischen Zahlungsterminen zu Schwierigkeiten bei diesen Körperschaften, die nur durch weitgehende Hilfe der deutschen Bankwelt behoben werden konnten. Nachdrücklich ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß eine genügende Kapitalbildung nur durch eine starke Einschränkung der öffentlichen Ausgaben erreicht werden kann. Selbstverständlich ist auch das oft besprochene Problem der Arbeitslosenunterstützung durch eine Erhöhung der sozialen Lasten nicht zu lösen. Die neue Regelung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands in ihren Auswirkungen auf die öffentliche und private Wirtschaft ist vorläufig nicht zu übersehen.

Befriedigend gestaltete sich im Jahre 1929 die deutsche Ausfuhr, die mit 13 1/2 Milliarden Mark eine Rekordziffer erreichte und sich mit der Einfuhr nahezu ausglich. Angesichts der zollpolitischen Absperrung vieler Länder wird man in der Steigerung der Ausfuhr aber in erster Linie einen zwangsläufigen Ausgleich für die rückgängige Inlandskonjunktur zu sehen haben, der vielfach nur mit Opfern in der Preisgestaltung möglich gewesen sein dürfte.

Unter den geschilderten Verhältnissen war eine erfolgreiche Börsen- und Emissionsstätigkeit ausgeschlossen. Die Börse stand fast während des ganzen Jahres unter dem Zeichen völliger Interesslosigkeit. Ende 1929 notierten 55% aller an der Berliner Börse amtlich gehandelten Aktienwerte unter pari und erreichten damit einen Tiefstand, der nur in der schweren Depression an der Jahreswende 1925/26 eine Parallele findet. Die Vorgänge an der New-Yorker Börse im Spätjahr, auch die Krisen großer ausländischer Konzerne und die hierdurch ge-

schaffene Beunruhigung aller Märkte ließen bis zum Jahres-schluß keine Besserung aufkommen.

Der Diskontsatz der Reichsbank war bis zum 11. Januar 1929 7%, vom 12. Januar bis 24. April 6 1/2%, vom 25. April bis 1. November 7 1/2% und vom 2. November bis zum Ende des Jahres 7%.

Natürlich konnten die geschilderten Verhältnisse nicht ohne Rückwirkung auf die Erträge des Bankgewerbes bleiben. Im Effekten- und Emissionsgeschäft waren Gewinne nicht zu erzielen, auch die Vermittlungsgebühren in all diesen Geschäftszweigen erlitten einen erheblichen Anfall. Nach wie vor war der Pflege des Kontokorrent-Geschäftes unsere besondere Aufmerksamkeit gewidmet, wenn auch zeitweise die allgemeine Wirtschaftslage Zurückhaltung auferlegte. Die Erhöhung unserer Ziffern in den Debitoren und Kreditoren, in welchen die im ersten Viertel des Berichtsjahres durchgeführte Vereinigung mit der Mitteldeutschen Creditbank, der Aachener Bank für Handel und Gewerbe und der Braunschweigischen Bank und Kreditanstalt zum Ausdruck kommt, zeigt die günstige Entwicklung unseres laufenden Geschäftes. Die an diese Vereinigungen, besonders an diejenige mit der Mitteldeutschen Creditbank, geknüpften Erwartungen haben sich in vollem Umfang erfüllt. Die in der Bilanz der Mitteldeutschen Creditbank ausgewiesenen offenen Reserven haben wir unserem Reservefonds I zugeführt und die stillen Reserven dieser Bank zur Stärkung unserer eigenen stillen Rücklagen benutzt.

Im Zusammenhang mit der erwähnten Erhöhung unserer Ziffern im Debitoren- und Kreditorengeschäft hat sich das Ertragnis des Zinsen- und Wechselkontos sowie des Provisionskontos verbessert.

Die Zahl unserer Beamten, die sich infolge der erwähnten Fusionen von 7991 Ende 1928 im Laufe des Jahres 1929 bis auf 9578 erhöht hatte, betrug Ende des Jahres 8525. Unsere Unkosten sind in diesem Zusammenhang im Jahre 1929 erheblich gestiegen, werden aber im laufenden Jahr eine Ermäßigung erfahren. Steuern und Abgaben weisen eine erneute Steigerung auf.

Ueber das Geschäft im einzelnen berichten wir noch folgendes:

Der Gesamtumsatz ist im Berichtsjahr von RM 120 Milliarden auf RM 139 1/2 Milliarden angewachsen.

Unsere Filialen und Depotskassen sowie unsere Kommanditen haben befriedigende Ergebnisse geliefert.

Die N. V. Hugo Kaufmann & Co's Bank, Amsterdam, bringt, wie im Vorjahr, 8% Dividende zur Verteilung.

Das Bankgebäude-Konto hat sich um RM 4 400 000,— erhöht durch aus den Fusionen übernommene Bankgebäude, die wir als solche weiterbenutzen. Unser Immobilien-Konto hat durch übernommene und durch freigewordene, von uns bisher als Bankgebäude benutzte Grundstücke einen Zuwachs von RM 2 900 000,— erfahren.

Im Geschäftsjahr 1929 haben wir an zahlreichen Konsortial-geschäften teilweise führend mitgewirkt.

Aus dem in der vorliegenden Bilanz ausgewiesenen Reingewinn von RM 10 899 849,55 (inkl. RM 1 851 694,45 als Vortrag) beantragen wir, 11% Dividende zu verteilen und demgemäß den Gewinn wie folgt zu verwenden:

4% auf das Aktienkapital von RM 75 000 000,—	RM 3 000 000,—
Gewinnanteil an den Aufsichtsrat	767 268,55
7% weitere Dividende	5 250 000,—
Vortrag	1 842 081,20
	RM 10 899 849,55

Der Vorstand
 Berliner. Goetz Harter Liacke Neuerbourg
 Reinbert Schultze Sobernheim

Metropol-Th.
 8 1/2 Uhr
Das Land des Lächelns
 Vera Schwarz,
 Richard Tauber
 Musik von
 Franz Lehár

Planetarium
 am Zoo
 feine Juchensw. 191
 D. S. Barbarossa 5076
 10 1/2 Uhr Der Früh-jahrstimmal
 18 1/2 Uhr Merkwürdige Sterne (Imp. 12 Uhr)
 20 1/2 Uhr Rastor Mond
 Eintritt 1 Mark,
 Kinder 50 Pf.

Wo spielt man auf und billig?
GROSS-BERLIN
 Alexanderplatz

Molkerei-Tafelbutter
 feinste, sgl. frisch
 3 Mk. 1.60
Molk. E. Heim
 Wangen i. Allg.

Busch-Rosen
 frühe, 4 Pfungen,
 alte Idone Rosen
 30 Stück 30, 4—
 20
 (ne. Neud. Katalog
 über Fach-Ged. u.
 Gartenbauwesen erst.
 Kahland & Co., huss-
 schain, Rastatt 17, Bad.)

Die Volkshaus Gmbh. (Gewerkschaftshaus), Königsberg Pr.
 sucht zum baldigen Eintritt einen
tüchtigen Geschäftsführer

Bewerber müssen mit allen einschlägigen Fragen, die der Betrieb erfordert, befaßt sein. Bedingung mindestens 5-jährige Verbandzugehörigkeit. Der Bewerbung sind ein handschriftlicher Lebenslauf und Angaben über bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung beizulegen, ebenso Gehaltsansprüche. Reflektiert wird auf eine erste Kraft, die kaufmännisch vorgebildet sein muß. Die Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 1. April 1930 zu senden an Albert Drews, Königsberg Pr., Vorder-Roggen 61/62, Zimmer 23.

Schwerhörige



hören sofort wieder
 mit dem ärztlich empfohlenen
ORIGINAL-ARUSTIN-APPARAT
 mit neuestem Kleinhörner!
 — Noch Besseres gibt es nicht! —
Deutsche Akustik Gesellschaft m. b. H.
 Aelteste u. führende Spezialfabrik
 Verkauf u. Vorführung:
 Berlin-Wilmersdorf, Metzstr. 43
 Min., Klosterstr. 76, Eng. Grunerstr.
 Reinholdsdorf-Ost, Brienzer Str. 4
 Vert. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos!
 Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
 Der Mitgliedern zur Nachricht, daß
 unser Kollege, der Schiller
Richard Behnisch
 geb. 28. August 1874, am 14. März
 gestorben ist.
 Die Einäscherung findet Donner-
 stag, den 20. März, 17 Uhr, im
 Krematorium Baumjuleweg, Nie-
 lohstraße, statt.
 Am 18. März starb unser Kollege,
 der Uhrmacher
Richard Bartels
 geb. 6. Oktober 1864.
 Die Beerdigung findet Sonnabend,
 den 22. März, 14 Uhr, von der
 Leichenhalle des St. Marien-
 Kirchhofes, Prenzlauer Allee, statt.
 Ihre Ihren Angehörigen:
 Regie Beteiligung erzwungen
 Die Ortsverwaltung.

Am 17. März verstarb plötzlich
 meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Dora Schulze
 im Alter von 69 Jahren.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
Heinrich Schulze,
Dora, Anna,
Karl-Heinz Dreesencke,
 als Hinterbl.
 Die Einäscherung findet am Frei-
 tag, dem 21. März, abends 5 1/2 Uhr,
 im Krematorium Gerdtstr. statt.

Hauptschriftleiter
 nach Stettin gesucht.

Zum 1. April d. J. (evtl. später)
 suchen wir einen erfahrenen
 und wirtschaftlichen politischen
 Redakteur, der in der Lage
 ist, mit einem Redaktionsstab
 von 3 Kräften eine moderne
 Tageszeitung herauszubringen.
 Keine formelle Ausschreibg.
 Der technische Betrieb ist sehr
 gut eingerichtet. Redaktions-
 zeichner und eigene Kilsche-
 anstalt vorhanden. Bewerbun-
 gen bis einschl. 27. März er-
 beiten an Verlag „Volks-Woche“,
 Stettin, Schillerstraße 19.